

# Elbecker Volksbote

Organ für die Interessen der wertvollen Bevölkerung

Der "Elbecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt bei einer Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechseckige Pfeifzelle oder deren Raum 60 Pf., Verhandlungen-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pf., ausdrückliche Anzeigen 80 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

## Amtliches Publicationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 299.

Montag, den 23. Dezember 1918.

25. Jahrg.

### Der Schicksalstag.

Der Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte, den gerade die Unabhängigen als höchste Instanz im Reich anerkennen müssen, hat sich mit überwältigender Mehrheit für die gelegende Nationalversammlung und für die Befreiung der Wahlen an dem frühesten, technisch möglichen Termint am 19. Januar ausgesprochen. Er hat beschlossen, daß bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung die ganze Macht der Gesetzgebung und Verwaltung bei der Reichsleitung liegen soll.

Damit hat der Kongress für den Neuaufbau Deutschlands geleistet, was er leisten konnte. Es hat das Ziel gewiesen, die Nationalversammlung, und den Weg zu ihm, die Vollmacht der Regierung, die nur durch das Aufsichtsrecht eines Zentralrats eingeschränkt wird.

Wir können also in der Entwicklung der

deutschen Revolution drei Stadien unterscheiden: Im ersten geht die tatsächliche Macht von den Trägern des alten Systems auf die revolutionär aktiven Massen über. Im zweiten Stadium übertragen diese Massen die tatsächliche Macht durch ihre gewählten Vertreter an eine Regierung, die ihr Vertrauen besitzt. Im dritten geht die politische Macht aus den Händen der Regierung in die des gesamten Volkes über, das durch die Nationalversammlung rechtmäßig vertreten wird.

Die Reichsleitung geht damit außerordentlich gestärkt aus den Verhandlungen des Kongresses hervor. Erst jetzt hat sie ein Mandat, auf das sie sich stützen kann. Sie entstand in den Verhandlungen des 9. und 10. November aus dem Willen der beiden sozialistischen Parteien oder eigentlich nur ihrer allerengsten Führergruppen. Legitimiert werden sollte sie durch denjenigen Groß-Berliner Vollzugsrat, der die revolutionär aktiven Massen repräsentieren sollte, sie aber nicht immer fehlerhaftig repräsentieren und dessen Legitimation deswegen rechtswidrig war. Siegt hat eine Vertretung der Arbeiter- und Soldaten die Männer der Reichsleitung in ihren Rechten bestätigt, ihnen ihr Vertrauen ausgedrückt und sie damit erst wirklich zu dem gemacht, was sie bis dahin nur dem Namen nach waren: nämlich zu Volksbeauftragten.

Man muß indessen betonen, daß sich das Vertrauen des Kongresses zu den sechs Reichsleitern durchaus nicht in sechs Sechstel verteilt. Das Vertrauen galt in erster Linie den drei sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern. Die unbeschreibliche Heze, die von links her gegen die "Regierungssocialisten", die "Unabhängigen", die "Arbeiterverräter" getrieben worden ist, hat nicht verhindern können, daß das ganze arbeitende Volk bis auf eine kleine Mindeheit der

alten sozialdemokratischen Partei ihr Vertrauen bewahrt hat.

Von den drei anderen Regierungsmitgliedern haben zwei als erfahrene Parlamentarier die Situation vollständig begriffen. Anders steht es mit dem dritten von den dreien, dem leichtesten von den sechs, dem im Deutschen Reich recht unbekannten Emil Barth. Dieser hat sich bei seinem Angriff auf Ebert und durch die Ablehnung eines sehr törichten Antrags, den er auf eigene Faust eingedacht hatte, eine schwere Niederlage geholt. Nach den Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie würde ein solcher Minister nicht mehr in Amateure bleiben können. Indes soll nicht vergessen werden, daß Barth den Einfluss, den er auf gewisse Arbeiterkreise besitzt, während seiner Ministerzeit in vorwiegend vernünftigem Sinne geltend gemacht hat.

Würde der Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte einen festigen Parlament gleichgestellt werden, so müßte seinen Mehrheitsverhältnissen entsprechend die Reichsleitung bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung ausschließlich in die Hände der alten sozialdemokratischen Partei gelegt werden. Aus taktischen Gründen empfiehlt es sich aber vielleicht, die Koalition aufrechtzuhalten, da sie den Trieb nach Selbstsicherung und sinnlosen Exzessen wesentlich einschränkt. Der Zug der Arbeiter- und Soldatenräte in ihrer überwältigenden Mehrheit geht offenbar dahin, im Wahlkampf eine möglichst geschlossene Kampffront

des Sozialismus zu bilden. Die sozialdemokratische Partei hat um so weniger Grund, sich diesem Wunsche nicht zu widersetzen, als der Wille des Kongresses schließlich doch ihr eigener Wille ist.

Was die Einheit der Kampffront stört, das sind die alten Überlebenden vorwürfe, die die Unabhängigen gegen die sozialdemokratische Partei erheben und die Spottakusseigungen eines Teiles von ihnen. Der Kongress hat den richtigen Weg gezeigt, der zur Siege des Sozialismus führen wird. Die Widerstände der Unabhängigen und Spottakusseigungen sind überwunden. Es wird der Weg eingeschlagen, den die Sozialdemokratie am ersten Tage nach dem vollen Sieg der Revolution als den allein gangbaren und zielfähigeren bezeichnet hat: den Weg der Demokratie, der allgemeinen Befragung des Volkes. Der 19. Januar wird daher der Schicksalsstag der deutschen Revolution werden.

### Die Wahlen zur Nationalversammlung.

#### Wahlrecht der Schüler.

Ein Erlass des Unterrichtsministeriums bestimmt, daß alle Schüler und Schülerinnen, die das 20. Lebensjahr vollendet haben und an Mittelschulen, Lehrer- oder Lehrerinnen-Bildungsanstalten studieren, selbstverständlich an den Wahlen zur Nationalversammlung teilnehmen können. Alle entgegenstehenden Schulbestimmungen sind aufgehoben, welche Schülern die Teilnahme an Wahlen, politischen Vereinen und politischen Versammlungen verbieten.

### Krieg und Kriegsfolgen.

Die deutschen Kolonien. Das britische Kriegstabütt bestimmt, daß die Kolonien nicht wieder an Deutschland zurückgegeben werden. Die britischen Minister sind der Ansicht, daß den britischen Interessen gedenkt werden könnte, indem man die Deutschen zwinge, unverzüglich Rohstoffe und andere für den Wiederaufbau der alten und der neu zu begründenden neuen Industrien in England zu liefern.

65 Milliarden Kriegsschäden. Im Namen des Budget-Ausschusses der französischen Kammer erklärte Dubois, daß die Kriegsschäden in Frankreich an Gebäuden, Grund, Boden, Mobiliar, Maschinen und Strafen insgesamt auf 65 Milliarden Francs belaufen, ungeachtet der Schäden an historischen Bauten und der dem Handel durch Stilllegung der Betriebe zugefügten. — 250 000 Häuser sollen vernichtet sein. — Wie der frühere Ministerpräsident Ribot im französischen Senat mitteilte, beansprucht die Tilgung der Kriegsschäden neun Milliarden Franken. Nur eine Vorzugsforderung in der deutschen Kriegsentschädigung könnte das Gleichgewicht aufrechterhalten.

Die Engländer sind in Riga gelandet. Zwischen den deutschen und den englischen Truppen gab es keinerlei Feindseligkeiten. — Hauptmann Böhm hat die Bolschewiki bei Ogr vollständig geschlagen.

Eine rasche Aktion für Russland bereiten die Alliierten schon in diesem Winter vor, in der Hoffnung, daß es gelingen werde, die Ordnung in Russland einzigermaßen wiederherzustellen. Es soll sich dabei keineswegs um einen Krieg gegen die Bevölkerung Russlands handeln, sondern nur um die Ausdehnung der polizeilichen Kontrolle zum Schutz der Interessen der Alliierten und der russischen Bürgerbevölkerung.

### Politische Rundschau.

#### Deutschland.

Die Verfassung der deutschen Bundesrepublik bildete den Gegenstand von Besprechungen zwischen Staatssekretär Dr. Preuß und Gelehrten des Staatsrechts. Man einigte sich auf folgende Richtlinien:

An die Spitze der Reichsregierung tritt ein gewählter Präsident, dessen amtliche Befugnisse nach der verfassungsrechtlichen Seite hin ungefähr in der Mitte liegen sollen zwischen den Rechten, die verfassungsmäßig dem Präsidenten der Vereinigten Staaten einerseits und dem König von England andererseits zugesehen. Dieser Präsident wird sich dann sein Kabinett nach streng parlamentarischen Grundsätzen selbst zusammenstellen, in bewußter Abweichung also von amerikanischen Verhältnissen. Daneben wird nach dem Vuster des deutschen Bundesrates, wie er unter dem alten Regime bestand und auch jetzt noch amtiert, ein Staatenhaus aus verschiedenen Mitgliedern der verschiedenen Bundesstaaten gebildet werden, das ungefähr dem amerikanischen Senat entsprechen dürfte, und das, entgegen den Befragungen des Bundesrats, weniger ein Organ der Verwaltung als der Gesetzgebung bilden wird. Die Reichsregierung wird schars unitarisch sein, jedenfalls in weit höherem Maße als unter dem alten Regime. Dabei aber soll die Zentralisation nicht soweit getrieben werden, daß etwa die Selbständigkeit der einzelnen Bundesrepubliken aufgehoben wird. Gewisse kulturelle, wirtschaftliche und soziale Gebiete werden deren Verwaltung reserviert, andere dagegen, wie Eisenbahnen, Heereswesen, Polizei, Steuerwesen usw., sollen der Reichsverwaltung zuteilen. Biedenkopf und seine Freunde haben gebildet werden sollen, sieht noch nicht fest. Man glaubt aber, daß man ungefähr auf 14 bis 15 deutsche Bundesrepubliken zählen kann.

Feierliche Befreiungsfestfeier der am 6. Dezember in Berlin Gefallenen.

Unter starker Beteiligung der Berliner Arbeiterschaft fand Sonnabend mittag die Befreiung von den 14 am 6. Dezember in der Chausseestraße Gefallenen statt. Der Trauerzug nahm in der Siegesallee Aufstellung. Auf zehn LKW-Automobilen waren Rednerkanzeln errichtet, von denen Liebknecht, Ledebour und Wurm kurze Ansprachen hielten. Die Särge waren auf Lastwagen ausgebracht. Dem Zug schritten etwa 120 Männer der Roten Garde voran, hinter den Särgen gingen die Angehörigen der Opfer, zu beiden Seiten je acht Soldaten. Der Zug bewegte sich durch die Straßen Unter den Linden, Königstraße, Landsbergerstraße zum Friedhofshain, wo die Beisetzung erfolgte.

#### Konstituierung des Zentralrats.

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik hat sich konstituiert und die Geschäfte für das Reich und Preußen übernommen. Sein Bureau befindet sich vorläufig im Herrenhaus Leipziger Straße.

Der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins führt die Geschäfte für Groß-Berliner Angelegenheiten im Abgeordnetenhaus weiter.

Alle Vollmachten und Legitimationen, die vom Vollzugsrat ausgestellt worden sind, verlieren am 28. Dezember ihre Gültigkeit. Vollmachten für Angelegenheiten des Reiches und Preußens werden vom Zentralrat der Republik, neue Vollmachten für Groß-Berliner Angelegenheiten vom Vollzugsrat der A.- und S.-Räte Groß-Berlin ausgestellt.

Berlin, den 21. Dezember 1918.

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik.

Max Cohen. Herm Müller.

Der Vollzugsrat der A.- und S.-Räte Groß-Berlins.

Rich. Müller. Molkenbühler.

#### Die fehlenden 150 000 Franken.

Auf die Frage nach dem Verbleib der Differenz zwischen den im Schlosse beschlagnahmten 600 000 Franken und den vom Vollzugsrat verdeckneten 450 000 Franken erklärt der Vollzugsrat, daß bei ihm tatsächlich nur 450 000 Franken durch Etat abgeliefert wurden. Eine Untersuchung über die verschwundenen 150 000 Franken sei eingeleitet.

#### Ein Kampfansage des Zentrums.

wurde in einer Berliner Versammlung vom früheren Justizminister Dr. Spahn unternommen. Er behauptete, das Zentrum werde noch der Mittelpunkt der Parteien werden. Schon vor zwei Jahren habe er in einer vertraulichen Konferenz gegenüber dem sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. David bejont, daß die Zeit kommen werde, wo der Kampf zwischen Zentrum und Sozialdemokratie ausgetragen werden müsse. Die Zeit für das Gesagte ist gekommen. Das Zentrum habe in den letzten Jahren der Sozialdemokratie wiederholt den Siegesschlag gehalten, damit sie auf dem Platz bleiben könnte. Die Fortsetzung dieses Verhaltens wird in der Zukunft nicht nötig sein. Glauben die jüngsten Männer der Sozialdemokratie, uns den Kampf anzutragen zu können: wir scheuen ihn nicht, wir sind bereit.

Wir zweifeln nicht daran, daß dieser Kampf mit dem Untergang des Zentrums enden wird. Die Sozialdemokratie will das Recht der Katholiken, ihre Kinder in ihrem Glauben zu erziehen, nicht aufzulösen. Sie fordert nur Freiheit und gleiches Recht für alle Bekennisse. Sodass die katholische Bevölkerung einsehen wird, daß für einen "Freiheitskampf" des Katholizismus kein Platz besteht, wird das Zentrum am Ende seines Lateins sein. Und diese Stunde wird früh genug kommen.

#### Neue Verhältnisse des Zentrums.

Die oberschlesische Zentralspreize enthält eine übereinstimmend lautende Erklärung, die zur Bildung einer unabhängigen Republik Oberschlesien unter der Garantie von Deutschland, Polen und dem Tschechoslowakischen Staat auffordert. Hierzu teilt das polnische Katowitzer Blatt "Gazeta Ludowa" mit, daß von den Anhängern dieser Idee bereits drei Abgesandte nach Prag gesandt worden seien, um mit Masaryk zu verhandeln. Dieser habe ihnen erklärt, daß die Tschechen Anspruch auf Teile Oberschlesiens machen, aber einer Republik Oberschlesien sympathisch gegenüberstehen. Alles hängt von der Entente ab.

Auch hier arbeitet wie in Rheinland-Westfalen das Zentrum den Aufteilungsplänen unserer Feinde bewußt in die Hände. Unter der Parole: "Los von Berlin" und "Los von Preußen" treibt es eine Politik, die in Wirklichkeit "Los vom Reich" bedeutet. Um sichere Domänen des konservativen Einflusses zu erhalten, sprengt das Zentrum das Reich in die Luft. Wir sind überzeugt, daß diese Politik, die Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes, auch der Arbeiterschaft, verrät, bei den Wahlen zur Nationalversammlung die gebührende Aufsicht erhalten wird.

#### Russische Millionen für Spartacus?

Die "Freiheit" drückt in der bekannten Gedankenfrage einen neuen jungen Punktspur Joffes ab, von dem jedoch der Schluss fehlt. Nach Berliner Blättern enthält dieser die folgenden Worte und lautet:

Ich möchte diesen Anlaß benutzen, um dem Rechtsberat der Russischen Botschaft in Berlin, Herrn Reichstagsabgeordneten Dr. Oscar Cohn mitzuteilen, daß jene 550 000 Mark und 150 000, die er von mir in der letzten Nacht vor der Ausschreibung und zwar als Mitglied der U. S. P. zur Förderung der deutschen Revolution erhalten hatte, in jener Nacht, als er gemeinsam mit uns im Reichstagsgebäude verhaftet wurde, daß er diese Summen zurzeit nicht an die U. S. P. auszuzahlen braucht. Das gleiche gilt von dem in Deutschland deponierten Fonds von 10 000 000 (zehn Millionen) Rubel, worüber ich Herrn Dr. Cohn Dispositionsträger im Interesse der deutschen Revolution eingeräumt habe. Auch diese Gelder sind nicht mehr zur Verfügung der U. S. P. zu stellen. Was endlich die Summe von dreihundertfünfundfünfzigtausend Mark und fünfundfünfzigtausend Rubel auftrifft, die Herr Dr. Cohn von

mit zur Hilfeleistung an die in Deutschland zurückgebliebenen russischen Staatsangehörigen erhalten hat, so bitte ich ihn, über diese Gelder auftragsgemäß zu verfügen, da ich nicht weiß, daß Herr Dr. Cohn bei seiner persönlichen Geschäftigkeit diesen Auftrag in bester Weise zur Ausführung bringen wird.

Also die U. S. S. hat von den hier genannten russischen Millionen nichts erhalten. Die Summen liegen aber in Deutschland zur Verfügung. Wer wird wohl der Nutznießer sein? Herr Hoffe hat sie der U. S. S. gesperrt, weil er mit ihr nicht mehr zufrieden war und weil er damit eine Revolution im Sinne der russischen Aussöhnung von Revolution führen wollte. Wer aber vertreibt die Form der bolschewistischen Revolution in Deutschland? Das ist Spartakus! Seit langem schon versucht man das Geheimnis der Kultur der zweifellos erheblichen Mittel, die der Spartakusbund für seine große Propaganda und für die „Rote Fahne“ ausgibt, zu lüften. Jetzt hat man einen Fingerzeig. Der Bolschewismus läßt sich seine Absicht, auch Deutschland in ein Volkshaus zu verwandeln, etwas kosten.

#### Wir können auch anders!

Selbst läßt die „Rote Fahne“ ihren Leitartikel über den „Selbstmord des Rätefusses“ mit dem Luthermotiv: Hier steht ich, ich kann nicht anders. — Das soll wohl ein Witz sein! Deut in Wahrheit können die Bolschewiki sehr wohl anders. In Russland haben sie erst den Frieden um jeden Preis propagiert, und selbst dann sie zur Macht gelangt sind, führen sie ununterbrochen Krieg; sie haben erst die Konstituante stürmisch gefordert und sie dann mit Napoleonen auseinandergezogen. In Deutschland haben die Siebzehnreiter erst die Nationalversammlung zum Teufel gewünscht und die Übertragung aller Macht an die Arbeiter- und Soldatenräte verlangt. Jetzt hat die Volksversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte gefragt, und nun meint die „Rote Fahne“, in den Arbeiter- und Soldatenräten, seien doch nur „Eberts Mamelusen“, und dem arbeitenden Volke bleibe nichts weiter übrig, als erneut auf die Straße zu gehen und mit verzehnfachter Kraft das Recht der Straße gegen die gegenrevolutionäre Macht der Arbeiter- und Soldatenräte zu verteidigen. Denn wenn in den Arbeiter- und Soldatenräten die Befehlsmänner die Mehrheit hätten, könne man ihnen natürlich unmöglich die politische Macht übertragen.

So können die Spartakusleute ganz verschieden, je nachdem die Situation es verlangt. Jede Fassung, die ihnen nicht die Mehrheit gibt, ist konterrevolutionär und verworfen. Nur sie entscheiden, was Recht und Demokratie ist!

#### Was die U.- und S.-Räte dem Reich erzielen.

Au Mannheim wird uns geschrieben: In der bürgerlichen Presse fehlt in ständig wechselnder Tendenzidier Aufmachung die militärische Behebung über die ungeheuren Kosten wieder, die die U.- und S.-Räte verursachen. Was sie der Allgemeinheit retten, wird nie erachtet. Dabei hat der U.- und S.-Rat Mannheim allein in einer Woche Unbefugtes übernommen: 40 Fahrzeuge, 20 Sitz. Wagen, 1000 Laib Brod, 300 Büchsen Fleisch, Konfitüren und Milch, je 1500 Paar Oberkleider und Unterhosen, 181 Paar Schnür- und Schafspüppchen, 2 Laikentaus mit neuen Gurttaschen und Schläuchen (Wert über 100 000 Mark), 8 Wagen, 12 Pferde und unzähliges anderes Material im Werte von vielen hunderttausend Mark, die allein reichen würden, die Kosten sämtlicher U.- und S.-Räte bedenkt auf unabdingbare Zeit zu breiten.

#### Das braunschweigische Parlament.

Die vom U.- und S.-Rat herausgegebene „Braunschweigische Sozialistische Landeskorrespondenz“ schreibt: Die Regierung des Landes Braunschweig wird auch nach den Landtagswahlen in den Händen des U.- und S.-Rates bleiben. Der Landtag hat lediglich geichende Tätigkeit auszuüben. Diese geichende Tätigkeit des Landtags kann nur darin bestehen, die Ziele der Revolution durchzuführen und zu verwirklichen. Jeder Landtag, der dieser Aufgabe nicht gerecht werden würde, der sich entzänen würde, darüber zu debattieren, ob der Sozialismus durchgeführt werden soll, würde sich in Widerstreit legen zu der Regierung des Landes. In diesem Falle würde nicht die Regierung abtreten, sondern der Landtag würde abtreten. Das Volkskommissariat des Innern sieht auf dem Standpunkt, daß also der Landtag nicht verhandlungsfähig sei, sondern daß er lediglich ein Organ der bestehenden Landesregierung zur Durchführung der Ziele der Revolution ist.

Die Braunschweiger „Regierung“ scheint eine Komödie nach einer Regie Michaelis aufzuführen zu wollen: selbst wenn das Parlament sozialistisch ist und arbeiten will, wird die Regierung es ausführen, „wie ich sie aussäße“. Wie lange „regierte“ doch Michaelis?

#### Kleine politische Nachrichten.

Die Revolutionsherstellung hört mit dem 31. Dezember vollständig auf. Sie wurde in einigen Bezirken nur noch zugelassen, weil die plötzliche Einstellung Katastrophenfolgen gehabt hätte.

Im Preußischen Lehrerntag ist für den 28. und 29. Dezember nach Berlin einberufen worden, um die Wünsche der Lehrezeit zur Neuordnung des Schulwesens zum Ausdruck zu bringen.

Unter der ständigen Mitarbeit Kurt Eisners erscheint in München ein neues Blatt der unabhängigen sozialistischen Presse. Es nennt sich „Neue Zeitung“.

Minister Adolf Hoffmann wurde zum Generaldirektor des Preußischen beim Bundesrat ernannt.

Die Reichsleitung telegraphierte an den Danziger Rat, sie habe es für ihre Pflicht, die deutsche Stadt Danzig einzunehmen und alles aufzubauen, um sie dem Deutschen Reich zu erhalten.

Das Wahlgesetz der preußischen Hauptstadt wird 3 Wahlbezirke mit 401 Abgeordneten enthalten.

Das preußische Ministerium gestattet die von der polnischen Regierung ausgeschriebenen Wahlen nicht. Eine Beteiligung ist unter den Hochverratsvorstrafen.

Hindenburg erhält einen Auftrag, in dem er auf die geplanten Kriegsleistungen der Deutschen hinweist und den Offizieren eine Referenz macht. Es sei deshalb eine kleinliche Rache, wenn die Polizei und Waffen abzusprechen, sie als unzügig der Feindseligkeit zu erklären.

Die preußischen Eisenbahnen werden im laufenden Geschäftsjahr über 300 Millionen Mark Defizit auf. Nach Ansicht des Eisenbahnamtes sollen die hohen Löste die Auswirkungen bilden. — Ein Minister sollte noch andere Gründe angeben können. Es würde wirklich nicht schwer fallen.

Die sächsischen Gemeinden, die wegen des Balkans an die Schweiz beim badischen Minister des Innern vorliebig wurden, erhielten einen abschließigen Bescheid.

#### Rußland.

Der letzte Roman. Nach Erklärungen der Petersburger Regierung wurde das letzte in Rußland lebende Mitglied früherer Zarenhäuser, Großfürst Paul, nach Kreisau gefangen. Es geht nun ein Mitglied des Hauses Romanow

#### Frankreich.

Bei den allgemeinen Wahlen ergaben die Sozialisten trotz der höchsten Einschätzung der nationalsozialistischen Regierung bestreite Ergebnisse. Sie erzielten

Gemeinden in Zahl die absolute Mehrheit erreicht. In der Stadt Weimar wurden 18 Sozialisten und 18 Bürgerliche gewählt. Die Erfolge sind um so beachtenswerter, als ein erheblicher Teil der Arbeiterschaft bei den nach Niederschlagung der Revolution eingesetzten Strafverfahren des Wahlrechts beraubt wurde.

#### Belgien.

Reformen. Die Regierung will den Sprachenparcours aufheben, damit die Gegensätze zwischen Wallonen und Walloren beseitigt werden. Die Altersgrenze für das Wahlrecht wird auf das 21. Jahr herabgesetzt.

Die Sozialisten für die Wahlvorbereitung. Die Kammer nahm einstimmig die Wahlvorbereitung an, wonach das Turnenkostengest auf 350 000 Mann in Kriegs- und 100 000 Mann in Friedenszeiten festgesetzt wird. Der Sozialist Delporte erklärte: Die sozialistische Linke hat diesmal für die Vorlage gestimmt, weil wir uns noch im Kriege befinden. Wir hoffen, daß die Dienstzeit im Frieden verkürzt werden wird.

#### Frankreich.

Die Frage der Demobilisierung hat einen ernsten Zwischenfall im Armeeausschuß der Kammer hervorgerufen. Renault verlangte von dem Präsidenten der Kommission, René Renault, daß er Clemenceau vor die Kommission berufe, um diesen Auskunft über seine Absichten bezüglich der Demobilisierung zu geben. Renault weigerte sich, dieser Aufruf ordnung zu geben. Daraufhin haben die sozialistischen Mitglieder der Kommission ihre Demission gegeben.

## Aus Süßest und den Nachbargebieten.

Montag, 28. Dezember.

#### Parteigenossen, Genossinnen, Freunde!

Der alte morsche Sam des deutschen Militarismus und der Gewaltsherrschaft ist wie ein Kartonhaus vor dem gewaltigen Ansturm der Revolution zusammengeknallt. Ein neues demokratisches Deutschland soll entstehen. Ausdeutung durch den Republikaner soll unmöglich gemacht werden, die autokratische Verwaltung und Knebelung des Volkes hat ein Ende.

Die junge Republik will so ausgehen werden, daß die großen Massen des Volkes an allen Gütern des Lebens teilnehmen können; um dieses zu erreichen, ist der Zusammenhalt des Volkes eine dringende Notwendigkeit. Mann für Mann, Frau für Frau müssen sich organisieren, wenn des Volks den Gefahren, die dem großen Werk der Revolution drohen, gewappnet entgegentreten will. Deshalb hinein in die sozialdemokratischen Vereine! Jeder Mann, jede Frau muß Opfer bringen, alle müssen ihr Scherlein beitragen zu dem großen Kampf, der uns bevorsteht.

Die Wahlen zur Bürgerschaft und zum Nationalrat werden im Januar und Februar stattfinden. Das Bürgerium läuft sich, die Republik in seinem Sinne zu gestalten. Männer und Frauen verschließen Eure Augen nicht vor den schweren Gefahren, die uns von allen Seiten umsäumen, tretet ein in die sozialdemokratische Organisation, schafft Munition für den großen Kampf herbei! Arbeiter und Arbeitnehmer, sammelt bei Euren Kollegen, Kommilitonen und Freunden, jeder gebe, keiner schließe sich aus!

#### Eine öffentliche Frauenvorlesung

war gestern in das Gewerkschaftshaus eingebrochen. Genosse Steling, unser Kandidat zur Nationalversammlung, legte in großen Zügen die Notwendigkeit einer umfassenden Agitation des arbeitenden Volkes und insbesondere auch der Frauen auseinander, um bei den bevorstehenden Wahlen eine Mehrheit zu gewinnen. Er erinnerte daran, daß wir endlich einmal wieder eine Friedensmeinung feiern können, daß das Ende des Mordens die Menschenherzen von unerträglichen Druck befreie und mit der Wintersonnenwende ein Aufwärtssteigen des Lebens allmählich einsetze. Dieses gelte noch im vermehrten Maße vom politischen Leben, wo jetzt nach einem jahrelangen Kriegsdefizit eine zwar arbeitsreiche, aber menschenwürdige Zukunft aufstehe. Unter den Gedachten standen in erster Linie die Frauen, denen man in wirtschaftlicher wie politischer Beziehung jedes Recht versagt hatte. Ja, sie wurden oft genug als Prostitutionserinnen missbraucht und während des Krieges oft fand die späte Ersparnis oder besser Notwendigkeit, die weibliche Arbeitskraft mehr zu kündigen und besser zu entlohen. Zwölf Millionen Frauen waren in Deutschland in allen nur denkbaren Berufen erwerbstätig; sie leisteten die schwerste Männerarbeit bei Bau- und Erdarbeiten, beim Kohlenabbauen und Schiffsentladungen, in der Munitionsindustrie und in den Schiffen wurden sie verantwortlich und untergruben ihre Gesundheit. Wohl wurde das Schillerwort: Ehret die Frauen! oft von denjenigen Leuten zitiert, die die Frauen leichtfertig und die ihnen jegliche Rechte abnehmen. Ja, die Selbstverständlichkeit der Frauenrechte wurde in der Bürgerschaft als „physische Sanie“ verpottet. Man sagt, die Frau gehört ins Haus und unterdrückt die Tatsache, daß nur mittels Notwendigkeit die vielen Millionen in die Fabriken tritt, weil der Lohn des Mannes nicht ausreicht. Jetzt kann dann noch in Betracht, was man den Frauen während der Kriegszeit zumutete und wie die Kriegswirtschaft sie ausbeutete, damit es erst recht verwunderlich, daß ihnen das Wahlrecht so lange vorenthalten wurde. Nur die Sozialdemokratie ist seit Jahrzehnten für Frauenrechte in jeder Beziehung eingetreten, sie wird jetzt gemeinsam mit den Frauen deren Rechte durchzusetzen. Ehegegesetzegebung, Mutterrechtserente, Soziale, Erziehung, Zoll- und Steuerregelung müssen unter ihrer Mitwirkung erfolgen, denn alle diese Fragen betrifft die Frauen am meisten. Nachdem Genosse Steling diese Punkte im einzelnen auseinandergestellt hatte, ging er zur Kritik der bürgerlichen Partei über, wobei er auch das wenig noble Verfahren gezeigt, daß jetzt verschiedene Damen bei der Werbung für die deutsche demokratische Partei in Arbeitshäusern über, indem sie dabei fragen, wie die Frauen möglichst und das in ihre Löhne einsetzen. Diese Werbung ist zu einer Gesinnungsschlüsselei ausgetreten. Die sozialdemokratische Partei vertritt nichts anderes als Kapitalinteressen und möchte am liebsten die Bürgerschaft zum Tadel jagen. Würden die bürgerlichen Gesellschaften bei der Wahl die Wahrheit haben, wäre es um die Erfolge der Revolution gebracht. Nicht anders steht es mit der deutschen BDP, den früheren Nationalliberalen, die sich in Übereinkunft mit den deutschen demokratischen BDP-Mitgliedern verbündeten. Ebenso hat die deutsche demokratische BDP, das frühere Zentrum, die BDP-Mitglieder getrennt und den Aufstieg der Arbeiterklasse mit Gewalt verhindert. Jetzt freilich wollen sie alle nicht mehr davon erinnert werden. Wir werden dies aber erst recht nicht unterschätzen, denn unter all diesen BDP-Mitgliedern verbergen sich vereinzelt, die zur Kriegserinnerung beitragen und der Verharmungsgeboten nicht zugestehen. Ich erinnere nur an die Räte von Herford und Oldenburg, und an die denkwürdige Bürgerbefreiung. Einzelheiten behandelt der Referent die nächsten Tageabende der Sozialdemokratie in der Sozialversicherung, zur zentralen Steuergegesetzegebung, des Schulwesens, des Gesundheitswesens, Wohnungswesens, beprobt das Wahlverfahren und ermahnte die Frauen, besonders an der Hut zu sitzen, um das neuwertige Recht nicht wieder zu verlieren. Bereits gestern lädt mich mit der jungen Bürgerschaft, daß das Wahlrecht am 19. Januar einsetzen sei, das es der BDP nicht gewollt hat. Gern zu tun, in dem sie über, der arbeiten will,

wohl fühle. In der Diskussion nahmen noch zwei Redner das Wort, die im Sinne des Referenten sprachen. Der erste Genossen erinnerte u. a. an die berüchtigten Käfiger, worin zum Schluß auf Vater und Mutter aufzufordert wurde, von die Viehfelder Zuchthausen und an den offiziellen Neustadt, bei dem es verboten ward, Gefangene zu machen. Schon damals wäre es Zeit gewesen, mit dieser Gesellschaft aufzuräumen. Der zweite Redner betonte, daß es eigentlich nach dem furchtbaren Erleben keine arbeitende Frau mehr geben sollte, die abseits unserer Partei stehe. Der Referent habe die Wucht der Tatsachen so leidlich sprechen lassen, und seit langen Jahren überwältigt für unsre Ideen einzutreten, daß es jetzt endlich Zeit werde, ihm den Dank zu erachten. Dieser bestreite darin, daß jedes Ganze für die Wahl der sozialdemokratischen Linie zur Nationalversammlung einzutreten.

#### Das Lübecker Bezirkskommando als Werbebüro der deutschen demokratischen Partei.

Wie waren wohl die meisten Leute der Meinung, daß das Bezirkskommando wirklich andere Aufgaben zu erfüllen hat, als für bestimmte politische Parteien Agitation zu betreiben. Diese zweifellos richtige Auffassung wird jedoch widerlegt durch die Tatsache, daß gegenwärtig auf dem Bezirkskommando an die Entscheidung kommenden Mannschaften Blätter verabsolgt werden, welche die noch sehr neuen Grundsätze der „demokratischen Partei“ anpreisen und zum Eintritt in diese Organisation aufzurufen. Weiter erhalten die bisherigen Soldaten eine Karte in die Hand gedrückt, die folgende Wörter lautet:

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zur  
deutschen demokratischen Partei.

Name . . . . .  
Stand . . . . .  
Straße u. Hausnummer . . . . .

Mit Recht sind viele der Leute, die gezwungen geworden das Bezirkskommando aufzusuchen müssen, über diese Agitation für eine Partei, die erst nach den Nachwahlen zu erbringen hat, daß sie die Errungenenschaften der von den Soldaten und Arbeitern vollzogenen Revolution nicht zu gefährden beabsichtigt oder befürchten will, empört. Es muß gejagt werden, daß sich das Bezirkskommando seine Tätigkeit auf die ihm übertragenen militärischen Angelegenheiten beschränkt und die politische Agitation den politischen Parteien gefällig überläßt.

#### Vom Weihnachtsmarkt.

Man sieht wieder fröhlichere Gesichter, wenn auch noch blau von langen Entlöchern, aber doch zukunftsreich und -hoffnungsvoll. Denn der Weihnachtsmann, der die letzten Jahre wenig Zeit hatte, um sich der armen Kinder anzunehmen, soeben seine Sendboten angewiesen zu haben, etwas besser umzuschauen zu halten. Wenig genug gegen früher ist es zwar noch, was da auf dem Weihnachtsmarkt, der seit Sonnabend geöffnet, aufgestapelt wurde — oder hat unser schnell gleitender Blick nicht alles erfaßt —, aber doch ist es so viel, um die Anziehungskraft dieser zwischen 8 und 11 zu föhlen. Diese jungen Herrinnen, die die maligen Uniformen oder doch Wünsche zur Weihnachtszeit stellen, sind denn auch die ersten Besucher unseres im Volle beliebten Weihnachtsmarktes. Kaum waren die Budenplätze aufgerollt, streckten sie ihre mageren Arme nach einem 20-Pfg. Artikel aus und im Nu und die Ersparnisse einer Woche, eines Monats oder ein Sonderbeitrag von Vater oder Mutter, ist ein sorgfältig gehaltener Wunsch zur Wirklichkeit geworden: es tut, knallt oder knattert, oder — wenn der Beitrag reichte, schmilzt ein wirlscher Bonbon oder eine Zuckerstange auf der Zunge! Eine Zuckerschale! Kennt Ihr den Inhalt, den dieses Wort für einen Anfang von 7 Jahren bedeutet? Die älteren haben ihn vergessen wie die Mündigen den der heißen Knoblauch. Der Schinkenkopf wird ebenfalls schon gebündigt, doch fallen keine Gegner mehr, höchstens purzelt ein Hanswurst. Was es sonst noch gibt? Hier werden lebhafte Strumpfblümchen in 5 Minuten verarbeitet, dort Schäferkäppchen verdeckt und an der anderen Ecke Teller und Löffel verschwunden. Was fehlt? Herrgott, bei dem schönen Winterwetter merkt keiner, daß die Buden mit Schuhwarten nicht eingetroffen sind — in Preis kommt man uns vergessen zu haben — und die warmen Kittel und Röcke hält noch der Reichstagsabgeordnete im Bezugsscheinbündel fest. Kommt Zeit, kommt Rat. Was aber nicht fehlt, ist: die frohe Gewißheit über den Schluss des Mordens und die Botschaft des wirtschaftlichen Weihnachtswunsches: Frieden auf Erden!

Die Kartellversammlung, die am Donnerstag abend im Gewerkschaftshaus stattfand, war sehr stark besucht. Auf der Tagesordnung stand zunächst die Abrechnung vom 3. Quartal, die geprüft vorlag. Es wurde kritisiert, daß die Schiffszimmerer, Gärtnerei, Steinarbeiter, Gaswirtschaftsgehilfen und Münster noch immer auf dem Papier stehen, da seit Jahr und Tag keine Beiträge mehr abgeführt werden sind. Genosse Thies bemerkte dazu, daß die Schiffszimmerer bereits wieder in Tätigkeit traten. Die Abrechnung vom Gewerkschaftshaus erstattete Genosse Radde. Das 3. Quartal ergab einen Überschuss von 2682,44 Mk. Um die Abrechnungen schneller zu erlangen, wurde ein neuer Buchhalter bestellt. Ab 1. Januar wird Genosse Chr. Thies als Sekretär des Gewerkschaftshauses angestellt. In einer langen, sich anschließenden Aussprache wurden bauliche Veränderungen im Gewerkschaftshaus als unbedingt notwendig bezeichnet, um aus dem Hause ein wirklich behagliches Heim für die Lübecker Arbeiterchaft zu schaffen. Es wurde deshalb beschlossen, daß Gewerkschaftshaus- und Kartellkommission mit der Genossenschaftssekretärin (als Eigentümerin) über diese Fragen unterhandeln und der nächsten Versammlung Bericht erstatten sollen. Über den nächsten Verhandlungsgegenstand: Stellungnahme zur Arbeitszeit im Industrie und Kartell mit dem Arbeitgeberbund bestreiten die Genossen Kochen und Heinrich Ehlers, nachdem ersterer die festgelegten Richtlinien bekannt gegeben hatte. Von Genosse Haut wurde gewünscht, daß auch die Handlungsgesellschaften, Bürobeamten und Schneider mit in die Arbeitsgemeinschaft aufgenommen werden. Der Vorsitzende entgegnete, daß auch das Transportgewerbe noch fehle, daß aber die Arbeitgeber bestrebt seien, alle Berufe zu erfassen. Genosse Adolf Löwig gab seiner Freude über diese Neuerung Ausdruck, obgleich es ihn bestreitet hat, daß die Herren erst jetzt die Notwendigkeit der Zusammenarbeit entdeckt. Genosse Denkmel wünschte die Hinzuziehung der Arbeiterausschüsse. Auch die Arbeiter selbst sollten bei Differenzen mit gehört werden. Das wurde zugesagt und im übrigen beschlossen, sich mit den Richtlinien der Zusammenarbeit einverstanden zu erklären. Die Kartellkommission fungiert als Hauptausschuß. Zu Stellvertretern der Genossen Kochen, Bromme, Ehlers, Thies und Möhbach werden die Genossen Kleinfeld, Rieden, Knapp, Möller und Gamm gewählt. Hierauf besprach Genosse Ehlers die Verfügung des U.- und S.-Rates über das Entlassungsverbot von Arbeitern bis zum 20. Dezember. Redner teilte mit, daß eine Verlängerung nicht möglich war. Sollte über großes Beschäftigungsmaß eintreten, würde man versuchen müssen, die Arbeitszeit noch weiter zu verkürzen. Die Erwerbslosenfürsorge würde einen Teil des Verdienstausfalls übernehmen. In Berlin habe man mit dem Demobilisationsamt eine Vereinbarung getroffen, daß die Arbeitgeber die Hälfte des Verdienstes der BDP-Mitgliedern verbergen und den Arbeitern gezahlt werden. Man erwägt ferner, daß ohne Zustimmung der Arbeiterausschüsse Entlassungen nicht vorgenommen werden dürfen. Genosse Ehlers kritisiert noch die Absicht, daß hiesige Ratsstandsbeamten vom Staat nicht tarifmäßig bezahlt werden sollen. Genosse Bromme fordert die schlanke Inanspruchnahme der geplanten Notarbeiten. Der Holzarbeiterland und die Arbeitgeber des Holzgewerbes haben eine Einigung vorbereitet, in der die Vergabe der Arbeiten für die Säule am Fallentnahmestock am 1. Januar einsetzen wird. Genosse Kleinfeld befürchtet, daß das Holzgewerbe wegen der Holzstoffnot am schlimmsten mit

kommen werden dürfes. Genosse Radde sagt zu, im Bürger- auskun die Hoffnungsarbeiten anzutragen. Nach einem Klemme des Genossen Radde stand die Versammlung nach Eintritt der Polizeistunde ihr Ende.

#### Erwerbslosenfürsorge für Jugendliche.

Erwerbslose, die auf dem freien Arbeitsmarkt keine geeignete Beschäftigung erhalten können, soll nach Möglichkeit den Notstandsarbeiter zu überstellen. Für diese kommen in erster Linie die verheirateten und unter ihnen die kinderreichen Erwerbslose in Betracht. Erst in letzter Linie werden die Jugendlichen zu berücksichtigen sein. Sowohl Jugendliche bei den Notstandsarbeiten nicht berücksichtigt werden können, soll die Gewährung von Erwerbslosenunterstützung abhängig gemacht werden von der Teilnahme an Bildungseinrichtungen verschiedener Art. Eine besondere Beratungsstelle hat mit den Jugendlichen zu erwägen, welche Art Bildungseinrichtungen, Fachkurse usw., für das Fortkommen der Jugendlichen vorzugsweise in Betracht kommen. Die Beratungsstelle wird darüber Bestimmung treffen, an welchen Einrichtungen der Jugendlichen Erwerbslose teilzunehmen hat. Die erforderlichen Einrichtungen werden von den berufenen Stellen ungestüm getroffen, soweit die schwierigen Heizungs- und Raumverhältnisse dieses gestatten. Für die Durchführung dieser Maßnahmen ist die Mitwirkung auch des Auszubildens für Jugendpflege und der Freien Jugend gesichert. Eine Sitzung des Arbeitsamtes, Abteilung Erwerbslosenfürsorge, hat Übereinstimmung darüber ergeben, daß für den Unterricht die best geeigneten Kräfte heranzuziehen sind, damit die Überweisungen frisch und lebendig gestaltet werden und die Jugendlichen Freude und Nutzen von den Berufsausbildungen haben. Die Unterrichtseinrichtungen, zu denen auch turnerische Übungen, Ausflüge mit Besichtigungen und, wenn möglich, auch Selbstfertigungen in den Werkstätten gehören werden, sollen durch Abendveranstaltungen allgemein belebender und unterhaltender Art ergänzt werden, deren Durchführung der Ausbau für Jugendpflege gemeinsam mit der freien Jugend übernehmen dürfte. So sichert das einmütige Zusammenwirken aller zur Mitwirkung herufenen Kreise auch auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge für Jugendliche eine entsprechliche Arbeit.

Die Allgemeine Ortsrentenkasse für den Kreisland Lübeck hält am Sonnabend eine von 48 Vertretern der Versicherten und 18 Arbeitnehmern beliebte Ausschüttung ab. Zunächst wurde über Gewährung von Ruhegeld und Hinterbliebenenfürsorge für die Angehörigen der Kasse und deren Witwen und Waisen beraten. Der Vorstand schlug vor, für diesen Zweck einen besonderen Fonds zu schaffen, der jährlich mit 6 Prozent der Verwaltungsaufgaben zu dotieren und den im nächsten Jahr demgemäß die Summe von 10 000 Mk. zu überweisen wäre. Die Höhe der Pensionen- und Hinterbliebenenfürsorge ist nach dem Muster derjenigen für die Lübeckischen Rentenbeamten vorzusehen. In der Begründung führte der Vorsitzende des Vorstandes Röder aus, daß man mit dieser Neuerichtung einer langgehegten Wunsche der Beamten entspreche. Vom Abschluß an einer in Berlin zu errichtende zentrale Kasse sei abgesehen worden, weil der Beirat, sofern unsere Beamten gleich pensionsberechtigt seien sollten, sofort die große Summe von 72 000 Mk. erfordert hätte und weil neben dieser Zentralkasse noch eine Reihe von Kassen in verschiedenen Gemeinden bereit ständen. Auch wären die bei der Vereinigung usw. in Frage kommenden Verhältnisse leichter zu prüfen, wenn die Entscheidung darüber in den Händen des Lübecker Vorstandes läge. In der Debatte erklärte sich ein Vertreter gegen den Antrag des Vorstandes, weil dadurch eine so erhebliche Belastung der Kasse zu erwarten sei, daß eine Erhöhung der Beiträge oder eine Herauslösung der Leistungen die Folge sein werde. Nach langer Ausdrache wurde die Vorlage mit einigen kleinen Abänderungen gegen eine Summe angenommen, ebenso ein daraus resultierender Hafttag zur Dienstordnung. Erfolge der vom Rat der Volksbeauftragten angeordneten Erhöhung des für die Versicherungspflicht maßgebenden Einkommens von 2500 Mk. auf 3000 Mk. wurde eine entsprechende Änderung der Schätzungen der Kasse beschlossen und zugleich bestimmt, daß nur mit Zustimmung des Vorstandes ein Mitglied sich in einer niederen Klasse weiter versichern kann, wenn dafür schriftliche Gründe vorliegen. Dadurch soll ein wiederholter beobachteter Missstand beseitigt werden. Dann gelangte der Votantrag für 1919 zu Verabschiedung, dessen Ergebnissen sich auf 2 662 000 Mk. belaufen, und der mit einem Fehlbetrag von 189 560 Mk. abschließt. Vom Vorsitzenden Röder wurde dazu ausgeführt, daß der Krankenstand erfreulich hoch sei, und daß die Krise mit neuen hohen Forderungen gekommen seien, obwohl die jetzige Haushaltssumme die volle Bezahlung der Einzelleistungen weit übersteige. In der Debatte wurde gewünscht, daß das Reich wenigstens einen Teil der Auswendungen erneut möge, welche der Krankenkasse durch die aus dem Felde heimgekehrten Krieger, die infolge der ausgesandten Grippe erkrankten, erwachsen. Auch eine höhere Vergütung der Landesversicherungsanstalt für die Arbeiten der Kasse als Hebe- und Meldestellen wurde angeregt. Um übrigens der Votantrag unverändert die Zustimmung des Ausschusses, Es erfolgte hierauf die Wiederholung des sozialen Rechnungsauswurfs. Unter Sonderangelegenheiten wurde u. a. ein Hafttag gerügt, in dem der Arzt einem an Grippe schwer Erkrankten nicht selbst die Einspritzung gegeben hat, sondern anderwärts, das dazu eine Schweine geholt wurde, die dann erst zur Auseinander schreien magte. Dadurch war eine große Verzögerung ein, und der Votant stark inzwischen.

Landesversicherungsanstalt der Hansestädte. Für das Jahr 1919 wurden gewählt zum Vorsitzenden des Ausschusses: Kaufmann Kurt Scheide aus Hamburg, zum stellvertretenden Vorsitzenden: Arbeitsschreiber Mathias Guldenberg aus Hamburg, zu Beisitzern: stellvertretender Direktor des Norddeutschen Lloyd Johann Späte aus Bremen, Buchdrucker Johann Kötner aus Lübeck.

Heimreise von Zivilpersonen aus der Ukraine. Die jungen Zivilpersonen aus der Ukraine, die ihre Heimreise wünschen, haben, mit Lebensmitteln für die Dauer der Reise und mit ihren Legitimationsscheinen, am Montag, dem 30. d. M. bis spätestens 3 Uhr nachmittags bei der Polizeibehörde in Hamburg, Stadthaus, Ecke Neuerwall und Stadtmauerstraße, Janvier Nr. 75 a, zur Ausreise einzufinden. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß diese Personen sich nicht früher als am 30. d. M. bis 3 Uhr nachmittags bei der Polizeibehörde in Hamburg einzufinden dürfen und sich noch später meldende keinen Anspruch auf freie Beförderung in die Heimat haben.

Die Genossenschaftsbücherei und Lesehalle bleibt an den beiden Weihnachtsfeiertagen geschlossen.

Lebensmittelbücher und Lesehalle. Die Bücherausgabe findet am Dienstag, dem 24. Dez. und am Donnerstag, dem 26. Dez. von 11½ bis 1½ Uhr mittags statt. Am 23. Dez. ist die Bücherausgabe geschlossen. Nachste Jugendausgabe Freitag, den 27. Dezember. Die Lesehalle wird am Dienstag, dem 24. um 6 Uhr, an beiden Feiertagen um 7 Uhr geschlossen.

Ein ziemlich ergiebiger Schuhfall stellte sich in der vergangenen Nacht ein. Heute vormittag regnete es schon wieder.

Meisterprüfung: Der Dachdecker Karl Schlichting hat vor der Meisterprüfungskommission der Gewerbeakademie die Meisterprüfung im Handwerk der Dachdecker bestanden.

\* Verhaftete Diebe. Festgenommen wurde ein in der Eisengrube wohnhafter Nieter, der mit zwei weiteren Komplizen auf Hof Diechhof bei Bonsdorf über 20 Güns gestohlen hatte. — Ermittelt und festgenommen wurden 4 Güterbodenarbeiterinnen, die wiederholt von den auf dem Güterboden lagenden Waren gestohlen hatten.

\* Beträgerversuch. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Remmendorf wegen Beträgerversuchs. Der Festgenommene hatte versucht, sich auf Grund gefälschter Bescheinigungen in den Bezirk zu führen, um die Leistungsfähigkeit der Gewerbeakademie zu zerstören.

400 Mk. Zucker, 1 Schwein gestohlen. In der Nacht zum 20. d. Wk. sind aus einem Schuppen unterhalb des Weiten Lohberges 2 Sack a 20 Wk. Zucker gestohlen worden. — Wenige Tage vorher kam ein Gastronom aus dem Käferdorfer Allee wohnende Gastronom wurde in der Nacht zum 21. d. M. ein ca. 50 Wk. schwerer Schwein gestohlen.

\* Entwendeter Anzug. Einem beim Vorwerker Friedhof wohnenden Kohlengräber wurde am 21. d. M. in den ersten Abendstunden ein blau-grauer Anzug gestohlen, der zum Trocken über ein Stadttel gehängt worden war.

\* Gestohlene. Gestohlenen wurde ein in Wabeide wohnender Arbeiter wegen Gehörlosigkeit. Der Gestohlene hatte durch

seinen aufsichtigen Schwiegereltern zum sich gebracht, der von einem im hinteren Hafen liegenden Seelichter gestohlen war, und

hatte von demselben bereits einen großen Teil zum Preise von 25 Mk. pro Liter verkauft. Eine Durchsuchung seiner Wohnung

führte noch mehreres Diebesatz zutage.

\* Ermittelter Wäscheschmied. Ermittelt und festgenommen

wurde ein im Gr. Fleisch mühhafter Arbeiter, der vor einige

Zeit einer in der Bismarckstraße wohnenden Familie mehrere Wäscheschmiede von der Leine gestohlen hatte.

**Schlutup.** Die Wahlagitierung für die Nationalversammlung und Bürgerschaftswahlen wurde hier am Sonnabend durch die Sozialdemokratie mit einer außerordentlich starken Beteiligung der Volksversammlung im "Gotha zur Post" eröffnet. Genosse Stellina behandelte die Stellung der Sozialdemokratie zu den bevorstehenden Wahlen und forderte zur Wahl der sozialdemokratischen Liste auf. Die Genossen Petersen und Schäper unterliefen die Aufführungen und forderten um schleunigen Erwerb des Bürgerrechts, sowie zum Beitritt zur Partei auf; der letzteren Aufforderung folgten zahlreiche Versammlungsteilnehmer. Mit dem Erfolg dieser Versammlung waren wir sehr zufrieden sein.

**Künzis-Siemens.** Eine Mitteilerversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, die am Sonntag im Saale des H. in Dieckmann stattfand, war stark besucht. Der Vorsitzende Genosse Wagner begrüßte zunächst die aus dem Felde zurückgekehrten Genossen. Hierauf hielt Genosse Brömmel ein erfrischendes Referat zu den Nationalratswahlen. Er gab den Befürwortern Waffen für den Wahlkampf, erläuterte ihnen unsere durch die Revolution erreungen Forderungen, sprach hinüber die Verschärfung der Produktionsmittel und die Möglichkeiten der Sozialisierung aus und bestätigte sich dann mit den proletarischen Partien, um zum Schluss weitere Organisatoren des Wahlkampfes heranzuleben. Nach kurzer Debatte an der sich die Genossen Laudon, Bremer, Greßmühl, Burmeister und Weisser beteiligten, wurden zu Beiführern gewählt die Genossen: Heinrich Schwartz, Kolonie 201 und Karl Bremer, Kolonie 125, für Hochwert und Herrenw. 1. Wilhelm Weisser für Dummersdorf. Heinrich Burmeister, Siemens, Mühlensamm. 6, für Siemens und Dänischburg, S. Thomsen, Rückstrasse Hauptstraße. (Stellvertreter: Johann Krause, Rückstrasse Mühlle) für Rückstrasse und Waldhausen. Wir ersuchen die Infanterie der Schützen nicht in der Versammlung gewesenen Genossen, die in Zukunft für unsere Sache tätig sein wollen, sich bei den obengenannten Beiführern zu melden. Die Ortsgruppe Siegen hat seit Anfang November einen festen Aufschwung genommen, sodass es den dortigen Genossen nicht schwer fallen wird, die Wahlarbeiten selbstständig zu erledigen, um Kräfte für andere Orte freizumachen. Für die künftige Bürgerschaftswahl wurden als Kandidaten vorgeschlagen die Genossen Landtm. Wilhelm Wagner, Lummersdorf und Johann Krause. Beide Kandidaten zogen sie dahin, sie, denen der Krieg so tiefe und bleibende Wunden geslagen hat. Ein Deputationsbrevier sich in das Kriegsministerium und verhandelte dort mit dem Staatssekretär Bauer vom Reichsarbeitsamt und mit Staatssekretär Göhring vom Kriegsministerium. Bauer kündigte den Erlass eines Notgesetzes, das den Einstellungzwang für Kriegsbeschädigte vor sieht und ihre Entlassung aus den leichten Arbeitsstellen verbietet, schon für die nächsten Tage an. Göhring versprach, seine ganze Kraft dafür einzusetzen, daß die Forderungen der Kriegsbeschädigten erfüllt werden. Schier unlösbar war dieser Zug der Unglückschicksale. Zu gewissen Abständen nahm Schiller mit den Kämpfern „Wir fordern unser Recht und wollen keine Gnade“, „Wo bleibt die Ludendorff-Spende?“ u. a. m. Zu langer Reihen zogen sie dahin, sie, denen der Krieg so tiefe und bleibende Wunden geslagen hat. Ein Deputation begab sich in das Kriegsministerium und verhandelte dort mit dem Staatssekretär Bauer vom Reichsarbeitsamt und mit Staatssekretär Göhring vom Kriegsministerium. Bauer kündigte den Erlass eines Notgesetzes, das den Einstellungzwang für Kriegsbeschädigte vor sieht und ihre Entlassung aus den leichten Arbeitsstellen verbietet, schon für die nächsten Tage an. Göhring versprach, seine ganze Kraft dafür einzusetzen, daß die Forderungen der Kriegsbeschädigten erfüllt werden. Schier unlösbar war dieser Zug der Unglückschicksale. Zu gewissen Abständen nahm Schiller mit den Kämpfern „Wir fordern unser Recht und wollen keine Gnade“, „Wo bleibt die Ludendorff-Spende?“ u. a. m. Zu langer Reihen zogen sie dahin, sie, denen der Krieg so tiefe und bleibende Wunden geslagen hat. Ein Deputation begab sich in das Kriegsministerium und verhandelte dort mit dem Staatssekretär Bauer vom Reichsarbeitsamt und mit Staatssekretär Göhring vom Kriegsministerium. Bauer kündigte den Erlass eines Notgesetzes, das den Einstellungzwang für Kriegsbeschädigte vor sieht und ihre Entlassung aus den leichten Arbeitsstellen verbietet, schon für die nächsten Tage an. Göhring versprach, seine ganze Kraft dafür einzusetzen, daß die Forderungen der Kriegsbeschädigten erfüllt werden. Schier unlösbar war dieser Zug der Unglückschicksale. Zu gewissen Abständen nahm Schiller mit den Kämpfern „Wir fordern unser Recht und wollen keine Gnade“, „Wo bleibt die Ludendorff-Spende?“ u. a. m. Zu langer Reihen zogen sie dahin, sie, denen der Krieg so tiefe und bleibende Wunden geslagen hat. Ein Deputation begab sich in das Kriegsministerium und verhandelte dort mit dem Staatssekretär Bauer vom Reichsarbeitsamt und mit Staatssekretär Göhring vom Kriegsministerium. Bauer kündigte den Erlass eines Notgesetzes, das den Einstellungzwang für Kriegsbeschädigte vor sieht und ihre Entlassung aus den leichten Arbeitsstellen verbietet, schon für die nächsten Tage an. Göhring versprach, seine ganze Kraft dafür einzusetzen, daß die Forderungen der Kriegsbeschädigten erfüllt werden. Schier unlösbar war dieser Zug der Unglückschicksale. Zu gewissen Abständen nahm Schiller mit den Kämpfern „Wir fordern unser Recht und wollen keine Gnade“, „Wo bleibt die Ludendorff-Spende?“ u. a. m. Zu langer Reihen zogen sie dahin, sie, denen der Krieg so tiefe und bleibende Wunden geslagen hat. Ein Deputation begab sich in das Kriegsministerium und verhandelte dort mit dem Staatssekretär Bauer vom Reichsarbeitsamt und mit Staatssekretär Göhring vom Kriegsministerium. Bauer kündigte den Erlass eines Notgesetzes, das den Einstellungzwang für Kriegsbeschädigte vor sieht und ihre Entlassung aus den leichten Arbeitsstellen verbietet, schon für die nächsten Tage an. Göhring versprach, seine ganze Kraft dafür einzusetzen, daß die Forderungen der Kriegsbeschädigten erfüllt werden. Schier unlösbar war dieser Zug der Unglückschicksale. Zu gewissen Abständen nahm Schiller mit den Kämpfern „Wir fordern unser Recht und wollen keine Gnade“, „Wo bleibt die Ludendorff-Spende?“ u. a. m. Zu langer Reihen zogen sie dahin, sie, denen der Krieg so tiefe und bleibende Wunden geslagen hat. Ein Deputation begab sich in das Kriegsministerium und verhandelte dort mit dem Staatssekretär Bauer vom Reichsarbeitsamt und mit Staatssekretär Göhring vom Kriegsministerium. Bauer kündigte den Erlass eines Notgesetzes, das den Einstellungzwang für Kriegsbeschädigte vor sieht und ihre Entlassung aus den leichten Arbeitsstellen verbietet, schon für die nächsten Tage an. Göhring versprach, seine ganze Kraft dafür einzusetzen, daß die Forderungen der Kriegsbeschädigten erfüllt werden. Schier unlösbar war dieser Zug der Unglückschicksale. Zu gewissen Abständen nahm Schiller mit den Kämpfern „Wir fordern unser Recht und wollen keine Gnade“, „Wo bleibt die Ludendorff-Spende?“ u. a. m. Zu langer Reihen zogen sie dahin, sie, denen der Krieg so tiefe und bleibende Wunden geslagen hat. Ein Deputation begab sich in das Kriegsministerium und verhandelte dort mit dem Staatssekretär Bauer vom Reichsarbeitsamt und mit Staatssekretär Göhring vom Kriegsministerium. Bauer kündigte den Erlass eines Notgesetzes, das den Einstellungzwang für Kriegsbeschädigte vor sieht und ihre Entlassung aus den leichten Arbeitsstellen verbietet, schon für die nächsten Tage an. Göhring versprach, seine ganze Kraft dafür einzusetzen, daß die Forderungen der Kriegsbeschädigten erfüllt werden. Schier unlösbar war dieser Zug der Unglückschicksale. Zu gewissen Abständen nahm Schiller mit den Kämpfern „Wir fordern unser Recht und wollen keine Gnade“, „Wo bleibt die Ludendorff-Spende?“ u. a. m. Zu langer Reihen zogen sie dahin, sie, denen der Krieg so tiefe und bleibende Wunden geslagen hat. Ein Deputation begab sich in das Kriegsministerium und verhandelte dort mit dem Staatssekretär Bauer vom Reichsarbeitsamt und mit Staatssekretär Göhring vom Kriegsministerium. Bauer kündigte den Erlass eines Notgesetzes, das den Einstellungzwang für Kriegsbeschädigte vor sieht und ihre Entlassung aus den leichten Arbeitsstellen verbietet, schon für die nächsten Tage an. Göhring versprach, seine ganze Kraft dafür einzusetzen, daß die Forderungen der Kriegsbeschädigten erfüllt werden. Schier unlösbar war dieser Zug der Unglückschicksale. Zu gewissen Abständen nahm Schiller mit den Kämpfern „Wir fordern unser Recht und wollen keine Gnade“, „Wo bleibt die Ludendorff-Spende?“ u. a. m. Zu langer Reihen zogen sie dahin, sie, denen der Krieg so tiefe und bleibende Wunden geslagen hat. Ein Deputation begab sich in das Kriegsministerium und verhandelte dort mit dem Staatssekretär Bauer vom Reichsarbeitsamt und mit Staatssekretär Göhring vom Kriegsministerium. Bauer kündigte den Erlass eines Notgesetzes, das den Einstellungzwang für Kriegsbeschädigte vor sieht und ihre Entlassung aus den leichten Arbeitsstellen verbietet, schon für die nächsten Tage an. Göhring versprach, seine ganze Kraft dafür einzusetzen, daß die Forderungen der Kriegsbeschädigten erfüllt werden. Schier unlösbar war dieser Zug der Unglückschicksale. Zu gewissen Abständen nahm Schiller mit den Kämpfern „Wir fordern unser Recht und wollen keine Gnade“, „Wo bleibt die Ludendorff-Spende?“ u. a. m. Zu langer Reihen zogen sie dahin, sie, denen der Krieg so tiefe und bleibende Wunden geslagen hat. Ein Deputation begab sich in das Kriegsministerium und verhandelte dort mit dem Staatssekretär Bauer vom Reichsarbeitsamt und mit Staatssekretär Göhring vom Kriegsministerium. Bauer kündigte den Erlass eines Notgesetzes, das den Einstellungzwang für Kriegsbeschädigte vor sieht und ihre Entlassung aus den leichten Arbeitsstellen verbietet, schon für die nächsten Tage an. Göhring versprach, seine ganze Kraft dafür einzusetzen, daß die Forderungen der Kriegsbeschädigten erfüllt werden. Schier unlösbar war dieser Zug der Unglückschicksale. Zu gewissen Abständen nahm Schiller mit den Kämpfern „Wir fordern unser Recht und wollen keine Gnade“, „Wo bleibt die Ludendorff-Spende?“ u. a. m. Zu langer Reihen zogen sie dahin, sie, denen der Krieg so tiefe und bleibende Wunden geslagen hat. Ein Deputation begab sich in das Kriegsministerium und verhandelte dort mit dem Staatssekretär Bauer vom Reichsarbeitsamt und mit Staatssekretär Göhring vom Kriegsministerium. Bauer kündigte den Erlass eines Notgesetzes, das den Einstellungzwang für Kriegsbeschädigte vor sieht und ihre Entlassung aus den leichten Arbeitsstellen verbietet, schon für die nächsten Tage an. Göhring versprach, seine ganze Kraft dafür einzusetzen, daß die Forderungen der Kriegsbeschädigten erfüllt werden. Schier unlösbar war dieser Zug der Unglückschicksale. Zu gewissen Abständen nahm Schiller mit den Kämpfern „Wir fordern unser Recht und wollen keine Gnade“, „Wo bleibt die Ludendorff-Spende?“ u. a. m. Zu langer Reihen zogen sie dahin, sie, denen der Krieg so tiefe und bleibende Wunden geslagen hat. Ein Deputation begab sich in das Kriegsministerium und verhandelte dort mit dem Staatssekretär Bauer vom Reichsarbeitsamt und mit Staatssekretär Göhring vom Kriegsministerium. Bauer kündigte den Erlass eines Notgesetzes, das den Einstellungzwang für Kriegsbeschädigte vor sieht und ihre Entlassung aus den leichten Arbeitsstellen verbietet, schon für die nächsten Tage an. Göhring versprach, seine ganze Kraft dafür einzusetzen, daß die Forderungen der Kriegsbeschädigten erfüllt werden. Schier unlösbar war dieser Zug der Unglückschicksale. Zu gewissen Abständen nahm Schiller mit den Kämpfern „Wir fordern unser Recht und wollen keine Gnade“, „Wo bleibt die Ludendorff-Spende?“ u. a. m. Zu langer Reihen zogen sie dahin, sie, denen der Krieg so tiefe und bleibende Wunden geslagen hat. Ein Deputation begab sich in das Kriegsministerium und verhandelte dort mit dem Staatssekretär Bauer vom Reichsarbeitsamt und mit Staatssekretär Göhring vom Kriegsministerium. Bauer kündigte den Erlass eines Notgesetzes, das den Einstellungzwang für Kriegsbeschädigte vor sieht und ihre Entlassung aus den leichten Arbeitsstellen verbietet, schon für die nächsten Tage an. Göhring versprach, seine ganze Kraft dafür einzusetzen, daß die Forderungen der Kriegsbeschädigten erfüllt werden. Schier unlösbar war dieser Zug der Unglückschicksale. Zu gewissen Abständen nahm Schiller mit den Kämpfern „Wir fordern unser Recht und wollen keine Gnade“, „Wo bleibt die Ludendorff-Spende?“ u. a. m. Zu langer Reihen zogen sie dahin, sie, denen der Krieg so tiefe und bleibende Wunden geslagen hat. Ein Deputation begab sich in das Kriegsministerium und verhandelte dort mit dem Staatssekretär Bauer vom Reichsarbeitsamt und mit Staatssekretär Göhring vom Kriegsministerium. Bauer kündigte den Erlass eines Notgesetzes, das den Einstellungzwang für Kriegsbeschädigte vor sieht und ihre Entlassung aus den leichten Arbeitsstellen verbietet, schon für die nächsten Tage an. Göhring versprach, seine ganze Kraft dafür einzusetzen, daß die Forderungen der Kriegsbeschädigten erfüllt werden. Schier unlösbar war dieser Zug der Unglückschicksale. Zu gewissen Abständen nahm Schiller mit den Kämpfern „Wir fordern unser Recht und wollen keine Gnade“, „Wo bleibt die Ludendorff-Spende?“ u. a. m. Zu langer Reihen zogen sie dahin, sie, denen der Krieg so tiefe und bleibende Wunden geslagen hat. Ein Deputation begab sich in das Kriegsministerium und verhandelte dort mit dem Staatssekretär Bauer vom Reichsarbeitsamt und mit Staatssekretär Göhring vom Kriegsministerium. Bauer kündigte den Erlass eines Notgesetzes, das den Einstellungzwang für Kriegsbeschädigte vor sieht und ihre Entlassung aus den leichten Arbeitsstellen verbietet, schon für die nächsten Tage an. Göhring versprach, seine ganze Kraft dafür einzusetzen, daß die Forderungen der Kriegsbeschädigten erfüllt werden. Schier unlösbar war dieser Zug der Unglückschicksale. Zu gewissen Abständen nahm Schiller mit den Kämpfern „Wir fordern unser Recht und wollen keine Gnade“, „Wo bleibt die Ludendorff-Spende?“ u. a. m. Zu langer Reihen zogen sie dahin, sie, denen der Krieg so tiefe und bleibende Wunden geslagen hat. Ein Deputation begab sich in das Kriegsministerium und verhandelte dort mit dem Staatssekretär Bauer vom Reichsarbeitsamt und mit Staatssekretär Göhring vom Kriegsministerium. Bauer kündigte den Erlass eines Notgesetzes, das den Einstellungzwang für Kriegsbeschädigte vor sieht und ihre Entlassung aus den leichten Arbeitsstellen verbietet, schon für die nächsten Tage an. Göhring versprach, seine ganze Kraft dafür einzusetzen, daß die Forderungen der Kriegsbeschädigten erfüllt werden. Schier unlösbar war dieser Zug der Unglückschicksale. Zu gewissen Abständen nahm Schiller mit den Kämpfern „Wir fordern unser Recht und wollen keine Gnade“, „Wo bleibt die Ludendorff-Spende?“ u. a. m. Zu langer Reihen zogen sie dahin, sie, denen der Krieg so tiefe und bleibende Wunden geslagen hat. Ein Deputation begab sich in das Kriegsministerium und verhandelte dort mit dem Staatssekretär Bauer vom Reichsarbeitsamt und mit Staatssekretär Göhring vom Kriegsministerium. Bauer

## Bekanntmachung

des A.- und S.-Rates

befr. Abhaltung von Versammlungen  
zur Nationalrats- u. Bürgerschafts-  
Wahl.

Die Gastwirte und SaalInhaber des Lübecker  
Stadtgebietes haben im Interesse der Gesamtheit  
ihre Säle und Räumlichkeiten

## allen Parteien

zu ihrer Agitation und für Versammlungen zur Ver-  
fügung zu stellen.

Für das Präsidium des A.- u. S.-Rates.

Kauer. Mehllein.

Kriegs-Rohstoff-Abteilung.

## Bekanntmachung

Nr. F. R. 820/11. 18. K. R. A.

Im Auftrage des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung wird folgendes angeordnet:

### Artikel I.

Die Bekanntmachung Nr. W. M. 1000/11. 15. K. R. A., betreffend Beschlagnahme und Bestandsicherung von Web-, Wirt- und Stridwaren, vom 1. Februar 1916,

die Bekanntmachung Nr. W. M. 207/9. 16. K. R. A., Nachtrag zur Bekanntmachung, betreffend Beschlagnahme und Bestandsicherung von Web-, Wirt- und Stridwaren, vom 1. Februar 1916 Nr. W. M. 1000/11. 15. K. R. A. vom 10. November 1916, bis Nachtragsbekanntmachung Nr. W. M. 1000/8. 18. K. R. A. zu der Bekanntmachung Nr. W. M. 1000/11. 15. K. R. A. vom 1. Februar 1916, betreffend Beschlagnahme und Bestandsicherung von Web-, Wirt- und Stridwaren, vom 31. August 1918,

die Bekanntmachung Nr. W. M. 1300/12. 15. K. R. A., betreffend Beschlagnahme und Bestandsicherung von Bekleidungs- und Ausrüstungssachen für Heer, Marine und Feldpost, vom 1. Februar 1916,

die Nachtragsbekanntmachung Nr. W. M. 1300/8. 18. K. R. A. zu der Bekanntmachung Nr. W. M. 1300/12. 15. K. R. A. vom 1. Februar 1916, betreffend Beschlagnahme und Bestandsicherung von Bekleidungs- und Ausrüstungssachen für Heer, Marine und Feldpost, vom 31. August 1918,

die Nachtragsbekanntmachung Nr. W. M. 90/12. 17. K. R. A. zu der Bekanntmachung Nr. W. M. 1300/12. 15. K. R. A. vom 1. Februar 1916, betreffend Beschlagnahme und Bestandsicherung von Bekleidungs- und Ausrüstungssachen für Heer, Marine und Feldpost, vom 1. März 1918,

die Bekanntmachung Nr. W. IV. 300/12. 17. K. R. A., betreffend Beschlagnahme und Meldepflicht aller Arten von neuen und gebrauchten Segeltuchs, abgepaften Segeln, einschließlich Liettauen, Zelten (auch Circus- und Schaubudenzelten), Zeltüberdachungen, Marken, Planen (auch Wagendecken), Theaterkulissen, Panoramaleinen, vom 22. Dezember 1917,

die Nachtragsbekanntmachung Nr. W. IV. 300/9. 18. K. R. A. zu der Bekanntmachung Nr. W. IV. 300/12. 17. K. R. A. vom 22. Dezember 1917, betreffend Beschlagnahme und Meldepflicht aller Arten von neuen und gebrauchten Segeltuchs, abgepaften Segeln, einschließlich Liettauen, Zelten (auch Circus- und Schaubudenzelten), Zeltüberdachungen, Marken, Planen (auch Wagendecken), Theaterkulissen, Panoramaleinen, vom 7. September 1918

### Artikel II.

Bestehen bleibt die Beschlagnahme und Meldepflicht aller Waren, die aus Garnen angefertigt sind, welche von der Kriegs-Rohstoff-Abteilung mit der Maßgabe freigegeben werden sind, daß die hergestellten Gegenstände beim Webstoff-Meldeamt der Kriegs-Rohstoff-Abteilung als beschlagnahmt zu melden sind.

Die Meldungen sind in Zukunft, insoweit es sich um Baumwolltextilien handelt, beim Kriegsausschuß der Deutschen Baumwollindustrie in Berlin, Karlsfeldstr. 17, insoweit es sich um Textiltextilien handelt, beim Leinenkriegsausschuß in Berlin, Karlsfeldstr. 25-28, zu errichten.

Bestehen bleiben Baumwollgewebe, welche auf Grund der Bekanntmachung Nr. W. M. 1000/11. 15. K. R. A. gemeldet worden sind, beschlagnahmt.

### Artikel III.

Die Bekanntmachung tritt am 8. Dezember 1918 in Kraft.

Berlin, den 8. Dezember 1918.

Kriegs-Rohstoff-Abteilung.

Wolffhügel

Kriegs-Rohstoff-Abteilung.

## Bekanntmachung

Nr. F. R. 80/12. 18. K. R. A.

Im Auftrage des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung wird folgendes angeordnet:

### Artikel I.

Die Bekanntmachung Nr. W. I. 761/10. 18. K. R. A., betreffend Beschlagnahme von Web-, Tricot-, Wirt- und Stridgarnen aus Baumwolle, vom 1. Oktober 1918

### Artikel II.

Die Nachtragsbekanntmachung Nr. W. I. 1680/10. 17. K. R. A. vom 1. Dezember 1917 zu der Bekanntmachung Nr. W. I. 761/12. 15. K. R. A. vom 31. Dezember 1915, betreffend Betriebsvertrag-, Betriebs- und Bewegungsverbot für Web-, Tricot-, Wirt- und Stridgarn, vom 31. Dezember 1915

### Artikel III.

§ 4 der Bekanntmachung Nr. W. I. 761/12. 15. K. R. A., betreffend Betriebsvertrag-, Betriebs- und Bewegungsverbot für Web-, Tricot-, Wirt- und Stridgarn, vom 31. Dezember 1915

erhält folgende Fassung:

S. 4.

### Ausnahmen vom Veräußerungsverbot.

Zugesammnen mit den im § 2 getroffenen Ausnahmen sind:

1. von den im § 2 unter A aufgeführten Web-, Tricot- und Wirkgarnen aller Arten, Schleifen (Loop-Garne) und solche Garne, welche mit einem oder mehreren aus vierzähligen Jahren hergestellten haben gewirkt sind;
2. von den im § 2 unter B aufgeführten Stridgarnen
  - a) alle im Handwerk und in Haushaltsbetrieben zum Zwecke der eigenen Bearbeitung befürblichen Reiner,

b) sämtliche Vorräte, die sich am 31. Dezember 1915 bereits in Warenhäusern oder in sonstigen offenen Ladengeschäften zum Kleinverkauf oder zum Verkauf an Hausgewerbebetriebe befinden.

Die Ausnahmen vom Veräußerungsverbot greifen jedoch nur hinsichtlich der in Ziffer 1 bzw. 2 b näher bezeichneten Gegenstände und Mengen dann Platz, wenn

aa) die Gegenstände, welche in Ziffer 2 b dieses Paragraphen näher bezeichnet sind, zum Kleinverkauf unmittelbar für die Verarbeitung im Haushalt und zum Verkauf an Hausgewerbebetriebe auch weiterhin wirklich feilzuhalten werden.

bb) der Verkaufspreis der einzelnen Sorten, der in Ziffer 1 und 2 b dieses Paragraphen näher bezeichneten Gegenständen jeweils nicht höher bemessen wird, als der zuletzt vor dem 31. Dezember 1915 von demselben Verkäufer erzielte Verkaufspreis zugleich 20 von Hundert.

Wer trotz dieser Vorschriften die von dem Veräußerungsverbot ausgenommen Mengen zurückhält oder höhere Verkaufspreise fordert, hat die Entzägung der Waren zu gewärtigen.

### Artikel V.

Die Bekanntmachung tritt am 5. Dezember 1918 in Kraft.

Berlin, den 5. Dezember 1918.

Kriegs-Rohstoff-Abteilung.

Wolffhügel

Kriegs-Rohstoff-Abteilung.

## Bekanntmachung

Nr. F. R. 30/12. 18. K. R. A.

Im Auftrage des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung wird folgendes angeordnet:

### Artikel I.

Die §§ 11, 12, 14 der Bekanntmachung Nr. 1/7. 17. A. 10, betreffend Beschlagnahme, Bestandsicherung und Höchstpreise für Salzhäute, vom 1. Juli 1917 und

die Nachtragsbekanntmachung Nr. 1001/11. 17. A. 10 vom 1. Dezember 1917 zu der Bekanntmachung Nr. 1/7. 17. A. 10 vom 1. Juli 1917, betreffend Beschlagnahme, Bestandsicherung und Höchstpreise für Salzhäute treten für die Dauer von zwei Monaten vom Inkrafttreten dieser Bekanntmachung ab außer Kraft.

### Artikel II.

Die Bekanntmachung tritt am 5. Dezember 1918 in Kraft.

Berlin, den 5. Dezember 1918.

Kriegs-Rohstoff-Abteilung.

Wolffhügel

## Bekanntmachung.

Der Knochenverkauf in der Markthalle findet statt am Dienstag, dem 24. Dezember 1918, vormittags von 8 bis 12 Uhr, auf Abschnitt 7 der Knochenbezugskarte Nr. 1001 bis 2500.

Ein freihändiger Verkauf der etwa übrig bleibenden Knochen findet nicht statt.

Lübeck, den 21. Dezember 1918.

(727)

Das Polizeiamt.

Unter den 21. Dezember 1918.

Bei den städtischen Verkäufen von Brennholz werden zur Verlosung usw. fortan nur solche Personen zugelassen, die ein Butterverbrauchsbuch vorlegen, in dem der Brennholzbedarf amtlich beschreibt ist. Diese amtliche Bescheinigung ist auszustellen

a) in den Städten von den Stadtmeistern,

b) in den Ortschaften Niendorf, Lümmendorferstrand und Starbeck von dem Badekommissar,

c) in den anderen Bezirken von den Bauerndörfern.

Die Verkäuferlaubnisse sind auf der letzten Umslagsseite des Butterverbrauchsbuchs einzutragen unter Bedruckung des Dienstamtes und sollen folgenden Wortlaut haben: „Brennholzbedarf . . . (Zahl in Buchstaben) . . . Raummeter.“

Fr. Meyer.

## Geübte Steinschläger

für Grob- und Kleinschlag gesucht. Anmeldung im Regierungsgebäude, Zimmer 18.

Gutin, 19. Dezember 1918.

7262)

Christiansen, Steuerat.

## Schlafzimmer

7265) komplett mit Matratzen Satin 950.—, Birke 1100.—, 1250.—, 1450.—, 1700.— weiß lackiert 1600.—, echt Eiche 2900.—, 4900.— Wohnzimmer, komplett . . . . . 740.— Eszimmer, „ . . . . . 860.—, 910.—, 1430.—, 1500.— Herrenzimmer, „ . . . . . 1950.— Kilchen „ . . . . . 400.— Eichen-Nähische „ . . . . . 100.— Eichen-Serviertische „ . . . . . 75.—

Paul Butennandt, Möbelfabrik

Lachswehr-Allee 3. Telefon 1706

Allgemeines Krankenhaus.

Donnerstag, 26. Dez. 1918

feine Besuchszeit.

7295) Die Direktion.

Aus dem Felde zurückgekehrt, teile ich meinen werten Gästen mit, daß ich meinen

Wirtschaftsbetrieb wieder selbst übernommen habe. Hochachtungsvoll

A. Saborowski, Gasthof zur Linde, Schlutup.

Seehof.

Am 2. Weihnachtstag:

Großer Ball.

Anfang 5 Uhr.

Hierzu lädt freundlich ein

Emil Cordts.

## Hansa-Theater.

Heute abend 7 Uhr:

Was das Christkind brachte

Dienstag: Geschlossen.

Mittwoch nachmittag 3 Uhr:

Was das Christkind brachte

Abends 7 Uhr zum 1. Mai:

Gräfin Paprika. (7290)

Operette von Max Wehlauer.

## Stadttheater Lübeck.

Spielzeit 1918/19.

7278)

Dienstag, den 24. Dezember:

Nachmittags 5 Uhr:

Ein deutsches Weihnachtsspiel.

Hierauf:

Tanzvorstellung des gesamten Balletts.

Mittwoch, den 25. Dezember:

Nachmittags 5 Uhr:

Alt-Heidelberg.

Abends 7 Uhr

Tannhäuser.

Donnerstag, den 26. Dezember:

Nachmittags 5 Uhr:

Rose von Stambul.

Abends 7 Uhr:

Martha.

## Gewerkschafts-Kartell, Lübeck.

Die Büros des Arbeiter-Sekretariats

der Bazarbeiter

## Waffenstillstand und Frieden.

Die vom uns schon am Sonnabend angekündigten Forderungen, die französischerseits der Wirtschaftskommission der Deutschen Waffenstillstandskommission vorgelegt wurden und von dieser abgelehnt werden mussten, betrafen die Belieferung von Hüttenwerken und Fabriken Elsaß-Lorraine und der benachbarten Gebiete mit täglich 10 500 oder monatlich 315 000 To. Rots auf dem Eisenbahnwege und mit 3 500 To. täglich oder 105 000 To. monatlich auf Wasserwegen aus den rechtsrheinischen Gebieten. Außerdem sollte die deutsche Regierung durch rechtsrheinische Gruben für die Besatzungsstruppen der Brüderkäpfe und Flusseren monatlich 150 000 To. Brennstoff liefern. Die zeitliche Beschränkung dieser Lieferung war in der französischen Forderung nicht vorgesehen, sondern lediglich für die außerdem verlangte Belieferung von monatlich 9000 To. Reinzmangan oder 112 500 To. Manganerze. Die Lieferungen sollten ohne Verzug und bis auf weiteres fortgesetzt werden. Außerdem verlangte die französische Regierung auch in größtem Umfang Lieferung von Fabrikaten und Grubenmaterial, Material für Eisenhütten, Elektrizitätswerke und Eisenbahnen, sowie die Spezialeinrichtung, jeder Beauftragte der französischen Regierung solle in Deutschland an Ort und Stelle zweidienliche Feststellungen und Nachprüfung vornehmen.

Für die Vorlage der verlangten Auskünfte werden acht Tage Frist festgelegt und bei Überschreitung derselben bedrohte Gegenmaßnahmen angedroht mit dem ausdrücklichen Hinzufügen, daß hierdurch weiteren Ansprüchen nicht vorgerissen werden solle. Die Deutsche Wirtschaftskommission erklärte sich zur Erörterung dieser einseitigen Forderungen auf der Grundlage des Prinzips der Gegenseitigkeit bereit.

Der französische Oberst Mercier als Sachverständiger erwiderte, daß diese Antwort die Ablehnung der überreichten Forderungen bedeute und verließ daraufhin Spa.

Legien  
über die französischen Forderungen.

Der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Legien, Mitteilnehmer an den Verhandlungen der Wirtschaftskommission in Spa, berichtet: Die Franzosen treffen Maßnahmen und stellen Forderungen, die für das Wirtschaftsleben in den besetzten und rechtsrheinischen Industriegebieten verhängnisvoll werden müssen. Der Verkehr wird von ihnen so weit gesperrt, daß Rohstoffe und Waren wohl von der rechten nach der linken Rheinseite, nicht aber umgekehrt befördert werden dürfen. Die rechtsrheinische Industrie muß, wenn sie arbeiten will, Erze und Stahl aus Lothringen und von der Saar Braunkohlen und Braunkohlenbrüder aus den linksrheinischen Gebieten haben. Dafür liefert sie neben anderen wichtigen Materialien Rots und Manganerze. Gesperrt ist auch die Aufzufahrt der Saar Kohle nach Süddeutschland. Infolgedessen werden in wenigen Tagen die Gasfabriken ihres Betriebes einstellen müssen. Die süddeutschen Städte haben dann weder Licht noch Gasfotolegionen. Trotzdem fordert der Delegierte des Marschalls Foch die Lieferung von Rots, Kohle und Manganerzen in Mengen, die eine Förderung voraussetzen, wie sie bei der größten Leistung nicht möglich war. Angenommen, diese Forderungen könnten und würden erfüllt, die Folge wäre, eine Überproduktion an Roheisen und Stahl. Weder die besetzten Gebiete noch Frankreich vermögen diese Produktionsmengen aufzunehmen. Eine Einschränkung oder Stilllegung der Betriebe müßte eintreten; Zehntausende von Arbeitern kämen hier zur Entlassung. Das gleiche droht dem rechtsrheinischen Industriebetrieb, wenn die Zufuhr von Erzen, Stahl, Braunkohle und Braunkohlenbrüder fernherin unterbunden wird. Da weder aus militärischen noch aus politischen Gründen die Maßnahmen und Forderungen gerechtfertigt und im Waffenstillstandsvertrag nicht begründet sind, so wird ohne sachlichen Grund die Industrie, besonders die Arbeiterschaft sowohl im rechtsrheinischen Gebiet als auch an der Saar, in Elsaß-Lothringen und auch in Frankenland auf das schwerste geschädigt. Die Folgen einer derartigen Arbeitslosigkeit in der gegenwärtigen, politisch bewegten Zeit in einem wirtschaftlich zusammenhängenden Gebiet, sind nicht abzusehen.

## Mutterfreuden.

Roman von S. Salomon.

15. Fortsetzung.

Er langte dabei unauffällig in seine Tasche, und als die Alte die Kanne wieder auf den Ofen setzte, sah er etwas Blauflasche unter seine leere Tasse. Dann, sich seinen Rock fest aufknöpfend, hörte er ehrfurchtsvoll die runzigen Hände der alten Frau und sagte in bezeugtem Tone:

"Lebt denn wohl, Mutter Rose; bleibt hübsch gesund und wacht über mein herzigtes Lieb; ich wills Euch auch lohnen, soviel ich vermag."

"Habt keine Sorge um Eure Berta," erwiderte die Alte. "Wer bei Mutter Rei aufgehoben ist, der ist so sicher wie in Abrahams Schoß. - Schafft Euch denn wohl!"

Als er aber auf dem Hausschlaf stand, fragte sie noch geheimnisvoll: "Wollt Ihr nicht auch mal in die Zukunft sehen?"

Lächelnd schüttelte er mit dem Kopfe. "Nein, das möchte ich nicht. Denn ich glaube ich an derartige Prophezeiungen nicht und zweitens weiß ich im voraus, daß ich jedenfalls nicht besonders vom Schicksal begünstigt werde."

"Aber was ich sage, trifft stets ein," behauptete mit ernster Miene die Alte.

"Ja, siehe Frau, wenn ich doch nicht daran glaube, hats ja keinen Zweck," beharrte er.

"Ihr glaubt nicht daran?" fragte sie immer noch zweifelnd.

"Na, dann glaubt Ihr wohl an gar nichts mehr?"

"O doch!" entgegnete er ernst. "Ich glaube an eine zukünftige bessere Menschheit, welche allen Kummer und alles Elend von der Erde hinwegfegt! — Doch nun nochmals, lebt wohl!"

Damit stürzte er ins Freie und beschleunigte seine Schritte, um doch noch vielleicht die günstige Gelegenheit zu erwischen, mit seinem Bekannten auf dessen Wagen die Kreisstadt zu erreichen, und konnte von Glück sagen, daß er gerade noch zur rechten Zeit kam.

Die Alte aber blieb noch lange durch die blinden Fensterläden dem Davorstürmenden nach.

"Das ist auch einer von den „Neurotischen“, die an nichts glauben," murmelte sie vor sich hin. "Aber ein gutes, warmes Herz scheint er trotzdem zu haben."

Dann begann sie den Tisch abzudecken, um die Tassen wieder am Ort und Stelle zu bringen. Doch als sie die leere Tasse ihres Freundes hochhob, blieb der verwundert Dreinhauenden ein harter, glänzender Taler entgegen. Ein freudiges Aufleuchten brachte über die verwelkten Züge der Alten. Sie fasste beide Hände zum Gebet und murmelte heimlich: "Mug Euch beide

Die Arbeiterschaft Deutschlands wie auch Frankreichs hat das dringendste Interesse daran, zu verhindern, daß solche Zustände eintreten.

## Der Meister des Bluffs.

Man muß es Liebknecht und seinen Anhängern lassen: Sie verbreiten sich auf die Aufmachung. Jeden Tag infizieren sie in Berlin ein neues Stück und erfinden neue täuschende Effekte. Und das Merkwürdige ist: Das Publikum, das fünfmal gemerkt hat, daß es sich durch einen Theaterstück erlaufen lassen soll, fällt beim sechsten Mal wiederum herein.

"150 000 haben demonstriert" — „250 000 haben demonstriert“ so berichtet Liebknechts „Rote Fahne“ mit Riesenlettern im Morgen nach der Premiere. Gott der Herr hat sie gezählt, sagt das bekannte Gedicht von den Sternen, aber Liebknecht hat seine Gefolgschaft ganz sicher nicht gezählt.

Doch das sind Kleinigkeiten. Interessanter ist schon, wie die zwanzigtausend gezählten Demonstranten auf die Beine gebracht werden. Da schwundet man bei einer Demonstration gegen die Nationalversammlung, oder man erzählt ihnen Schauergeschichten, daß die Arbeiterräte plötzlich abgeschafft werden sollten und hiergegen demonstriert werden müsse, und bei wen solche Erzählungen nicht verfangen, den bearbeitet man mit unsanften Mitteln.

Große Plakate werden durch die Stadt getragen: „Alle Macht der Arbeiter- und Soldatenräte!“. Das hindert die Liebknechtgruppe aber nicht, alle zwei Stunden einen Bericht zur Sprengung des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte zu unternehmen. Dabei bringt der Meister des Bluffs seine Meisterwerke zu Tage. Eine Deputation drängt in den Saal des Abgeordnetenhauses. Man will sie herausweisen; da droht ihr Sprecher, wenn dies geschiehe, werde er morgen mit 200 000 Streikenden wiederkommen. Der Bluff wirkt. Einzelheiten sind es zwar nur 2½ Dutzend, aber jeder sieht schon im Geiste die 2½ Hunderttausend dahinter.

Oder es erscheinen die Deputationen der Berliner Regimenter, 25 Mann im ganzen, jeder aber hat eine Tafel in der Hand mit dem Namen des Regiments, in dessen Namen er hier ist. Alle meine Erregung, großer Eintritt. Einige Stunden später ergibt eine Rundfrage bei den Regimentern, daß kein einziger Soldatenrat von der Deputation etwas weiß, es waren alles „Selbstbeauftragte“.

So zaubert Liebknecht jeden Tag Massen von Hunderttausenden hinter sich, die niemand sieht. Er bestimmt jeden Theaterregisseur, der mit 50 Statisten die Schlacht bei Leipzig aufführt. Selbst der große Potemkin mit seinen potentiellen Dörfern verblaßt gegen die Liebknechtischen Millionennmassen.

## Wirtschaftlich

Über den Bergarbeiter

bringen die bürgerlichen Blätter täglich Sensationsmeldungen. Nun soll die Seide Konföderat bei Oberhausen infolge des Streiks eröffnet und dadurch 1300 Mann arbeitslos sein. In dieser Fassung ist die Notiz unzutreffend. Es ist allerdings seitens einer Belegschaft versucht worden, die Wasserversorgung zu stören und damit den Betrieb des Werkes vorübergehend zu unterbrechen, es ist aber gelungen, die Gefahr abzuwenden. Bei der Beste bestehen normale Beziehungen.

## Zwangseinschichten in Bayern.

Wege über in Bayern herrschenden Kohlennot sieht sich der bayerische Demobilisierungskommissar gezwungen, eine zehntägige Arbeitsruhe für alle gewerblichen Betriebe mit mehr als 250 Arbeitern vom 23. bis 1. Januar anzutreiben. Die betroffenen Arbeiter erhalten für den Verdienstausfall eine Entschädigung von 90 Prozent ihres Verdienstes zum Teil auf Rechnung der Staats- bzw. der Reichsfläche.

## Die Kohlenpreise steigen.

Das Kohlensmidiat beschloß eine Erhöhung der Kohlenpreise um 14,45 Mark, der Kokspreise um 21,70 Mark die Tonne.

## Die erste Sozialisierung unter dem neuen Kurs.

Wie die „Bayerische Landeszeitung“ hört, hat die Badische Vorläufige Regierung beschlossen, den Betrieb des Murametallromes nicht der Mittelbadischen Gesellschaft (bestehend aus den Städten Karlsruhe, Bruchsal, Rastatt und drei Privatgesellschaften) zu übertragen, sondern ihn durch den Staat selbst zu betreiben.

Die Abschaffung vom Wirtshaus war auf 11 Uhr festgesetzt. Die

jungen Leute hatten sowohl dem Bier wie auch der Schnapsflasche schon fleißig zugeprochen.

Die Wirtshäuser waren bereits überfüllt von den jungen lärmenden Menschen, die sich gegenseitig immer wieder aus neuer Aufführung. Hier wurden neue Bekanntschaften geschlossen, dort alte wieder aufgestellt, so daß es ein ständiges Hin- und Herwogen von Fragen und Antworten gab. Der Apfelmärkte hatte mit seiner etwa sechzehnjährigen drallen Tochter alle Hände voll zu tun, um die vielen durstigen Leuten befriedigen zu können. Am ausgelassen ging es aber an dem Tisch her, an welchem die Tochter des Wirtes, die Rieke, zu bedienen hatte. Auf jeden beden und mitunter sehr anständigen Witz hatte sie stets die richtige Antwort.

O, die Rieke war ein ganz passables Mädchen! Wenn man auch

gerade nicht behaupten konnte, daß sie irgendwie hübsch zu nennen sei, so verstand sie es dennoch ausgezeichnet, ihre sonstigen Vorfälle,

so verstand sie es dennoch ausgezeichnet, ihre sonstigen Vorfälle,

so verstand sie es dennoch ausgezeichnet, ihre sonstigen Vorfälle,

so verstand sie es dennoch ausgezeichnet, ihre sonstigen Vorfälle,

so verstand sie es dennoch ausgezeichnet, ihre sonstigen Vorfälle,

so verstand sie es dennoch ausgezeichnet, ihre sonstigen Vorfälle,

so verstand sie es dennoch ausgezeichnet, ihre sonstigen Vorfälle,

so verstand sie es dennoch ausgezeichnet, ihre sonstigen Vorfälle,

so verstand sie es dennoch ausgezeichnet, ihre sonstigen Vorfälle,

so verstand sie es dennoch ausgezeichnet, ihre sonstigen Vorfälle,

so verstand sie es dennoch ausgezeichnet, ihre sonstigen Vorfälle,

so verstand sie es dennoch ausgezeichnet, ihre sonstigen Vorfälle,

so verstand sie es dennoch ausgezeichnet, ihre sonstigen Vorfälle,

so verstand sie es dennoch ausgezeichnet, ihre sonstigen Vorfälle,

so verstand sie es dennoch ausgezeichnet, ihre sonstigen Vorfälle,

so verstand sie es dennoch ausgezeichnet, ihre sonstigen Vorfälle,

so verstand sie es dennoch ausgezeichnet, ihre sonstigen Vorfälle,

so verstand sie es dennoch ausgezeichnet, ihre sonstigen Vorfälle,

so verstand sie es dennoch ausgezeichnet, ihre sonstigen Vorfälle,

so verstand sie es dennoch ausgezeichnet, ihre sonstigen Vorfälle,

so verstand sie es dennoch ausgezeichnet, ihre sonstigen Vorfälle,

so verstand sie es dennoch ausgezeichnet, ihre sonstigen Vorfälle,

so verstand sie es dennoch ausgezeichnet, ihre sonstigen Vorfälle,

so verstand sie es dennoch ausgezeichnet, ihre sonstigen Vorfälle,

so verstand sie es dennoch ausgezeichnet, ihre sonstigen Vorfälle,

so verstand sie es dennoch ausgezeichnet, ihre sonstigen Vorfälle,

so verstand sie es dennoch ausgezeichnet, ihre sonstigen Vorfälle,

so verstand sie es dennoch ausgezeichnet, ihre sonstigen Vorfälle,

so verstand sie es dennoch ausgezeichnet, ihre sonstigen Vorfälle,

so verstand sie es dennoch ausgezeichnet, ihre sonstigen Vorfälle,

so verstand sie es dennoch ausgezeichnet, ihre sonstigen Vorfälle,

so verstand sie es dennoch ausgezeichnet, ihre sonstigen Vorfälle,

so verstand sie es dennoch ausgezeichnet, ihre sonstigen Vorfälle,

## Was bezweckt das Staatstheater?

Von Max Monato, Mitglied des Stadttheaters.

Im folgenden will ich versuchen, über den ethischen Wert eines Stadttheaters zu sprechen.

Nachdem in der letzten Sitzung der Bürgerschaft auch die Verstaatlichung des Stadttheaters gefeiert wurde, ist es notwendig, das Publikum darüber aufzuklären, die Vorteile durch die Verstaatlichung des Stadttheaters verhindern würden.

Wir können es offen sagen: das Theater hat sich heute zu einem derartig wichtigen Faktor entwickelt, daß man sich unter tägliches Leben ohne diese Stätte einfach nicht mehr denken kann. Sie ist zu unserer ästhetischen Notwendigkeit, zu unserem Lebensbedürfnis geworden!

Literarische Werke, vermittelt durch künstlerisch geleitete Aufführungen sollen uns Stunden von unvergleichlicher Schönheit schenken, sie sollen uns den Alltag mit seinen kleinen Sorgen vergessen machen. Wir wollen in diesen Stunden eine innere Freiheit empfinden und losgelöst von jeder äußeren Fessel wollen wir die Bühne unsere reinsten und heiligsten Empfindungen mit verankern.

Zudem wir die Schätze der Menschen an uns vorübergehen sehen, halten wir Einkehr in uns und verstärkt durch neue Lebensbejahung gehen wir voll neuer Kraft den stetig wiederkehrenden Kampfen des Lebens entgegen.

Das soll und muß der ethische Zweck eines Theaters sein! Und damit dieser Zweck, die künstlerische Höhe bei einer Bühne erreicht wird, ist die Hilfe des Staates, welcher die pekuniäre Grundlage zu der Verwirklichung dieser Forderung schafft, unabdinglich notwendig.

Lasst uns eine Weihstätte der Kunst schaffen, die Losgelöft von aller banalen und aller Talmiware nur allein „dem Schönen, Wahren, Guten“ dient.

Lasst das Theater uns zur Heimat werden, die uns hilft und gibt, wenn wir in feindlicher Not sind.

Der Krieg mit seinen unzähligen Leiden hat so viel Schönes und Heiliges in uns zerstört und verschüttet — nur durch die feinste Kultur wird eine Auferstehung ermöglicht.

Lasst uns diese Auferstehung mit durch das Theater erleben!

Lasst das Theater mehr denn je zum Volksgut werden!

Wir alle brauchen ungeheure Kraft und Selbstvertrauen! Lasst durch unsere Titanen zu uns sprechen! Sie geben uns die Hoffnung und die Gewissheit für eine neue und starke Zukunft, die wir mit unserm Herzen erstreben! Führt das Volk wieder die Geisteskraft unserer Dichter und Denker, wird es sich hoch und stolz, aufrecht und stolz gegen die Feindseligkeiten hervorgebracht haben!

Trotz der schweren Sorgen, die auf dem Staate liegen, ist es unabdingte Pflicht, hier mitzuhelpfen!

Zuerst wäre es notwendig, daß unsere jungen starken Dichter zu Worte kommen, denen wir jetzt noch unser Tor verschlossen bleibem mößt. Über dann breite die Sorge, ob die künstlerische Arbeit und unendliche Mühe, die jede Aufführung erfordert, auch Schritt hält mit der pekuniären Rentabilität, nicht mehr vorherrschend zu sein!

Durch ganzjährige Verstaatlichung des Orchesters wird eine durchaus neue Regelung der Oper ermöglicht, die Abhängigkeit des Orchesters, welches jetzt gezwungenenweise zwei Herren dienen muß, wird gelöszt. Unheirbt können die Volkstonette, welche sich in Lübeck einer ungeheuren Sympathie erfreuen, Sommer und Winter fortgesetzt werden.

In jedem Jahre könnten Festsitzungen unserer Meisterstatisten und stolz werden wir sein, wenn diese Aufführungen aus unseren eigenen künstlerischen Mitteln geschaffen würden.

Der gewissen

Bericht es zuerst auf drei Jahre! Sollten sich in dieser beträchtliche Schwierigkeiten ergeben, die eine Durchführung unmöglich machen, dann hat der Staat alles versucht, um Wünschen der Bürgerschaft gerecht zu werden. Sollte das Publikum sich dieses Urnungszeugnis geben, daß es für diese ideale Besteuerung sowohl, wie für wahre Kunst nicht ist, was ich nie und nimmer glaube, dann schlägt die Pforten! Dann hätte es kein Recht auf ein Theater, das bestrebt ist, eine wirklich wahre künstlerische Höhe zu erreichen!

Aber nochmals: Darauf glaube ich nicht! Im Gegenteil! Durch fortgesetztes gutes vielseitiges Repertoire wird es sich immer mehr und mehr an sein Theater gewöhnen, wird es lieb gewinnen und dem Staate durch eifrigste Unterstützung danken, dafür, daß er die Notwendigkeit erkannte und in dieser schweren Zeit auch noch dieses Opfer brachte!

Und an uns wird es liegen zu arbeiten und zu schaffen! Das werden wir aus vollem Herzen! Nehmt Ihr uns doch durch die Verstaatlichung des Theaters große Sorgen.

Zum Schluß meiner Ausführungen folgen noch Richard Wagner's Gedanken über die Pflichten des Staates dem Theater gegenüber:

„Im Staat und an der Gemeinde wäre es, zunächst ihre Mittel gegen den Zweck abzuwenden, um das Theater in den Stand zu setzen, nur seinen höheren wahrhaftigen Bestimmungen nachzuhören zu können. Dieser Zweck wird erreicht, wenn die Theater gerade soweit unterstellt werden, daß ihre Verantwortung nur noch eine rein künstlerische sein darf, und niemand wird besser diese zu führen imstande sein als alle die Künstler selbst, welche sich zum Künstler vereinigt und durch eine zweckmäßige Verfassung ihre gegenseitige Gedächtnis-Wirksamkeit sich gewährleisten. Die vollendete Freiheit kann sie einzigt zu dem Streben verbinden, der Wohl zu entsprechen, um deren Willen sie von der Notwendigkeit industrieller Spekulationen befreit sind. Und diese Absicht ist die Kunst, die nur der Freie begreift, nicht der Sklave des Erwerbs.“

## Aus der Partei.

Die internationale Sozialistenkonferenz in Lausanne. Laut „Sozialdemokraten“ erhielt Branting von Henderson folgendes Telegramm: Ich habe Vandervelde und Haysmans mitgeteilt, daß die britische Partei eine internationale Konferenz in Lausanne wählt, die etwa am 6. Januar eröffnet werden soll. Unsere Abordnung ist bereits aussersehen. Es wird zu spät für den Zusammenschluß des Bureaus. Falls der Exekutivausschuss der Internationals im Verein mit den Vertretern der internationalen Gewerkschaftsbewegung sich weigern sollte, die Konferenz einzuberufen ohne Bevollmächtigung durch das Bureau, so schlage ich vor, daß Vandervelde, Thomas, Gompers und ich selbst unseren Auftrag ausführen, der dahin geht, jene Organisationen einzuberufen, die zu der internationalen Sozialistenkonferenz im Februar und September 1918 eingeladen waren. Unter solchen Umständen schlage ich Ihnen vor, die Neutralen einzubringen, die Mittelmächte sind davon unterrichtet, daß sie selbst ihre Anordnungen treffen sollen. Haysmans sollte Sekretär sein und sofort nach Lausanne reisen.

## Aus Nah und Fern.

Der prächtige Schleimhandel. Als neuesten Trick haben die Kürzer sich auf den Schleimhandel mit Fahrkarten gelegt. In Berlin sollten von 600 Wartenden nur 30 Fahrkarten erhalten, da alle Plätze für Militär belegt waren. Es entstand darum ein regelrechter Schleimhandel mit Fahrkarten. Ein Hamburger, der durchaus nach Hause fahren möchte, gab einem Gepräger für die Behörbung einer Fahrtkarte fünfzig Mark Trinkgeld. Schleimord eines Schleimhändlers. Als auf dem Hauptbahnhof Minister die Personalien eines von Sicherheitsmannschaften mit großen Lebensmittelkörnern festgenommenen Schleimhändlers aus. Gern freigelassen werden sollten, zog der Mann plötzlich einen Revolver hervor und schoß sich eine Kugel in den Kopf.

Riesenunterholfe. Im Duisburger Hafen wurden Riesenunterschläge aufgedeckt. Ungeheure Mengen Lebensmittel und andere Waren, darunter vier Eisenbahnwaggons Kästen, sind gestohlen. Die Untersuchung war bislang erfolglos.

Gefestigte städtische Bushaltestellenscheine. Die Zahl der Passanten in Umlauf befindlichen falschen städtischen 20-Mark-Scheine ist so groß, daß die Stadt die Einführung zweier Serien beschlossen mußte.

Die „Stofflingsbekleidung“. Ein bei der jetzigen Staffelappell doppelt unangenehm empfundener Angriff ist der Reichsbekleidungsstelle unterlaufen. Sie hat aus unbrauchbaren Uniformen Zivilanzüge herstellen lassen. Diese Anzüge waren aber daran, daß sie von der Bekleidung die Bezeichnung „Stofflingskleidung“ erhielten. Die Anzüge, die abgeworfen in Berlin anfannten, erwiesen sich als unverträglich und mußten der Reichsbekleidungsstelle wieder zur Verfügung gestellt werden.

Mord. In Speyer a. Rhein wurde der 80 Jahre alte Weißhändler Leopold Schott in seiner Wohnung ermordet aufgefunden. Die Leiche des Ermordeten lag mit gefesselten Händen und Füßen auf dem Bett. Der Kopf wies läuferisch auf den Schwellenknoten gehende, von einem scharfslängigen Werkzeug herabhängende Wunden auf. Tisch- und Kochtischabläufen waren durchwühlt.

Auf der Poststraße ermordet wurde ein 21-jähriger Kaufmann, der für 10.000 Mark Wein von Berlin nach Jossen bringen sollte. Von jenseits den jungen Mann mit eingehacktem Schädel an der Landstraße. Pferde und Wagen waren verschwunden.

Chilenische Weihnacht. In die heiße Zeit soll in Chile das Weihnachtsfest, das gerade die Alleen und die Avenida, die

Am 21. Dezember entstieß fast und ruhig nach schwerer Krankheit im 67. Lebensjahr mein lieber Mann, unser alter Vater, Schwiegervater und Großvater Johanna Drews.

Die liebsten Grüße an alle Freunde.

Am 21. Dezember 1918 starb unser Mitglied, der Kollege Johanna Drews geb. Lüders, Kind und Kinderländer, Stodfelder, Wohnst. 29.

Begräbnis am 22. Dezember, nachmittags 2½ Uhr, von der Kapelle Stodfelders.

## Danksagung.

Für die vielen Beweise inniger

Freundschaft beim Begegnen mehrerer Freizeit, unterhält unserer

Kinder, denen herzlich

Karl Schlichting

und Kinder.

Am 21. Februar 1918

der gesamten Bedeutungen. S

einzelner Personen nicht zu

1. November 1918, das bei

der Feierlichkeit, Tag des

Heiligen Geistes, 1918.

## Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Zahlstelle 1866.  
District Stodfelder.

## Nachruf.

Am 21. Dezember 1918 starb unser Mitglied, der Kollege

Joh. Drews.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am

Freitag dem 27. Dezember,

nachmittags 2½ Uhr, von

der Kapelle Stodfelders

aus statt.

22.12.18. Die Begräbnisfeier.

Am 22. Februar 1918

die Begräbnisfeier und Kinder-

feier.

Am 22. Februar 1918

die Begräbnisfeier und Kinder-

feier.

Am 22. Februar 1918

die Begräbnisfeier und Kinder-

feier.

Am 22. Februar 1918

die Begräbnisfeier und Kinder-

feier.

Am 22. Februar 1918

die Begräbnisfeier und Kinder-

feier.

Am 22. Februar 1918

die Begräbnisfeier und Kinder-

feier.

Am 22. Februar 1918

die Begräbnisfeier und Kinder-

feier.

Am 22. Februar 1918

die Begräbnisfeier und Kinder-

feier.

Am 22. Februar 1918

die Begräbnisfeier und Kinder-

feier.

Am 22. Februar 1918

die Begräbnisfeier und Kinder-

feier.

Am 22. Februar 1918

die Begräbnisfeier und Kinder-

feier.

Am 22. Februar 1918

die Begräbnisfeier und Kinder-

feier.

Am 22. Februar 1918

die Begräbnisfeier und Kinder-

feier.

Am 22. Februar 1918

die Begräbnisfeier und Kinder-

feier.

Am 22. Februar 1918

die Begräbnisfeier und Kinder-

feier.

Am 22. Februar 1918

die Begräbnisfeier und Kinder-

feier.

Am 22. Februar 1918

die Begräbnisfeier und Kinder-

feier.

Am 22. Februar 1918

die Begräbnisfeier und Kinder-

feier.

Am 22. Februar 1918

die Begräbnisfeier und Kinder-

feier.

Am 22. Februar 1918

die Begräbnisfeier und Kinder-

feier.

Am 22. Februar 1918

die Begräbnisfeier und Kinder-

feier.

Am 22. Februar 1918

die Begräbnisfeier und Kinder-

feier.

Am 22. Februar 1918

die Begräbnisfeier und Kinder-

feier.

Am 22. Februar 1918

die Begräbnisfeier und Kinder-

feier.

Am 22. Februar 1918

die Begräbnisfeier und Kinder-

feier.

Am 22. Februar 1918

die Begräbnisfeier und Kinder-

feier.

Am 22. Februar 1918

die Begräbnisfeier und Kinder-

feier.

Am 22. Februar 1918

die Begräbnisfeier und Kinder-

feier.

Am 22. Februar 1918

die Begräbnisfeier und Kinder-

feier.

Am 22. Februar 1918

die Begräbnisfeier und Kinder-

feier.

Am 22. Februar 1918

die Begräbnisfeier und Kinder-

feier.

Am 22. Februar 1918

die Begräbnisfeier und Kinder-

feier.

Am 22. Februar 1918

die Begräbnisfeier und Kinder-

feier.

Am 22. Februar 1918

die Begräbnisfeier und Kinder-

feier.

Am 22. Februar 1918

die Begräbnisfeier und Kinder-

feier.

Am 22. Februar 1918</